

## Datenschutz - Schutz vor Freiheit?

Ein Plädoyer zur Errichtung einer aufgeklärten Gesellschaft für bedrohte Daten

Wer im Internet surft hinterlässt seine ganz persönliche Datenspur. Selbst Hacktivistinnen und Nerds können nicht kontrollieren, wann sie während dem Surfen welche persönliche Daten preisgeben. Erst recht nicht kontrollieren kann der oder die Betroffene, was mit diesen von ihm/ihr erhobenen Daten geschieht, und ob diese nicht an Dritte weitergegeben werden. Eine unüberschaubare Zahl an Diensten und Platt-

formen, die durch die Erfassung von auf den ersten ersten Blick weniger privaten Daten komplette Nutzungsprofile, Klick- und Kaufverhalten und Kommunikationsprofile erstellt, arbeitet unermüdlich an dem Projekt transparenter WeltenbürgerInnen und der Abschaffung einer virtuellen Privatsphäre: Preissuchmaschinen und elektronische Bezahlverfahren erlauben Einblicke in das Finanzverhalten des Users,

integrierte E-Maildienste ermöglichen die Erfassung des Kommunikationsverhaltens und des sozialen Netzwerkes, Browser-toolbars verfolgen Surf-Sessions, und Desktop-Suchmaschinen könnten sich eines Tages als dankbares Tool für Strafverfolgungsbehörden und Lobbyverbände der Film- und Musikindustrie erweisen.

[...] *Fortsetzung  
auf Seite 13 ...*



## Extrem \_\_\_\_\_ Silvester

Der Silvesterfeier am Connewitzer Kreuz im Süden wird jedes Jahr mit Spannung entgegengesehen. Ein Grund ist der Ort selbst – als eine Art „melting point“ in dem als links-alternativ geltenden, dorfähnlichen Stadtteil Connewitz. Bunt- und Vertrautheit zeigen sich auch in den feucht-fröhlichen Silvester-Nächten. Ein zweiter Grund ist die „Lageeinschätzung“ der Staatsmacht, die dort ein besonderes „linksautonomes“ Gefährdungspotential ausmacht und den Platz darum seit 1999 per Kamera überwacht. Auch wenn dies die traditionellen Schnee-

ballschlachten oder politischen Spontanzusammenkünfte bisher weder verhindert, noch eingeschüchtert hat, bleibt das Connewitzer Kreuz ein „neuralgischer Punkt“. Nachdem es in den letzten Jahren eher ruhig zugeht, kam es zum Jahreswechsel 2007/2008 zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und zumeist jungen Leuten. Verletzte gab es auf beiden Seiten – darunter viele Unbeteiligte, die Bekanntheit mit Schlagstöcken und Pfefferspray machen mussten. 35 Menschen wurden festgenommen. Im April schickte die Poli-

zeidirektion Leipzig konzentriert Vorladungen an vermeintliche „Randalierer“. Der Vorwurf lautet zu meist Landfriedensbruch. Der Hinweis, dass polizeilichen Vorladungen nicht Folge geleistet werden muss, gilt auch hier. Den Betroffenen sollte zudem bewusst sein, dass in diesem Fall besondere Sorgfalt angebracht ist. [...]

*Fortsetzung auf Seite 4 ...*

## Heraus zum Sturm aufs „Große Haus“!

Der gemeine Demokratiefan hierzulande verhält sich zur Subvention wie der gemeine Schlaraffe zum fliegenden Brathuhn. Beiden ist selbstverständlich, die Quelle all ihres Glücks und Leidens nicht zu erforschen, sondern stattdessen entweder träge dahinzudümpeln oder mit aufgeplusterten Backen zu motzen. Und beiden Haltungen ist gleich, dass sie einzig an die "unsichtbare Hand" eines überirdischen Gönners, ob nun Gott, Staat oder ewigen Koch aller Köche, glauben wollen. Ähnlich in Leipzig: Da wundert sich der kulturbegeisterte Bürger doch tatsächlich, dass die Stadtverwaltung unter dem Eindruck des allgemein schrumpfenden Staates, Fehlinvestitionen, Korruption und der Schuldenbelastung im gegenwärtigen Haushalt die sogenannte "Freie Kulturszene" nur mit wenig Geldern beschenken will, während der Hauptteil des Kuchens an die großen Bühnen geht. Als wäre es je im Interesse der Verwaltung gewesen, die "subkulturellen Sümpfe" jenseits des Zentrums ernsthaft zu fördern. Klar, wer hätte nicht gern einen Goldesel in der Garage, aber Spott beiseite, angesichts der sich anbahnenden ökologischen Katastrophen, der geostrategischen Konflikte und wirtschaftlichen Krisen, ist das Herbeigerede einer Wetterlage, die puren Geldregen brächte, mehr als illusorisch. Das heißt nicht, dass sich alle verkriechen und wir jetzt fortan Kultur hinten anstellen sollen oder uns diese nicht mehr leisten. Im Gegenteil! Kultur

bietet genau jenen Raum, wo mit neuen Ideen, Entwürfen und Praktiken experimentiert werden kann, sie bleibt ein unerlässlicher Kreativmotor einer lebendigen Gemeinschaft der Menschen. Und ohne diese, vielmehr als ohne das große Geld, werden wir für die Zukunft schlecht aufgestellt sein. Solidarität und verstärkte Bündnisarbeit zwischen großen und kleinen Bühnen und mit der Off-Szene bis hin zum aktiven Zuschauer, das ist das Gebot der Stunde. Und es gibt hierfür auch konkret eine Chance, denn wer die "ganze Szene" im Auge hat, dem wird bereits aufgefallen sein, dass die Intendanz am Leipziger Schauspielhaus zur nächsten Spielzeit wechselt. Der Neue heißt Sebastian Hartmann und kommt von der Volksbühne Berlin. Es wird viel umstrukturiert dieser Tage. Schenkt man den ersten Verlautbarungen Glauben, soll das Haus sich weiter öffnen und mehr an Willen /Bedürfnissen des Umfeldes orientieren. Die *Neue Szene* vollzieht nicht nur einen Namenswechsel zur *Skala*, sondern soll auch inhaltlich eher eine halböffentliche Experimentierbühne werden. In der Spinnerei dagegen entsteht ein festes theaterpädagogisches Labor namens *Spinnwerk*. Deshalb meine Empfehlung zum Schluss: Kulturleute dieser Stadt, macht Euch auf und stürmt die Große Bühne des neuen *Centraltheaters*, anstatt Euch vom müden Palaver der Stadtoberen einschläfern zu lassen! (clov)

Endlich ist die #30 von der Werkbank auf die Straße gerollt.

Aufgepimpt mit CD-Beilage, poppt und punkt es in der Kiste mit „Geräuschen aus dem Postfordimus“. Für die Jubiläumsausgabe haben unsere Musikredakteure in nervenaufreibender Kleinstarbeit 16 politisch-subversive Bands und Interpreten aus der Region für ein musikalisches Schmankerl gewonnen. Ergänzend dazu haben wir diesen Schwerpunkt (Seite 18-25) mit historischen Hintergründen „tiefergelegt“.

Auffällig und „untypisch“ für den *Feierabend!* ist diesmal sowohl das Themengebiet, als auch die prallen 36 Seiten dieser Jubiläums-Ausgabe.

Weil Freude an subvisionärer Musik und Abwehr von Überwachungswahn aber oftmals Hand in Hand gehen, findet Ihr diesmal auch einen Einblick in die aktuellen Entwicklungen zum Datenschutz (Seite 1,13-17) sowie praktische Tipps zur Sicherheit im Netz (Seite 28f). Diesmal leider zu kurz gekommen ist trotz langwierigem Diskussionsprozess die Pro/Conta-Rubrik. Wir arbeiten aber weiter an unseren Widersprüchen ;). Alte Muster und Rubriken finden sich im vorliegenden Heft kaum und auch der Produktionsprozess war der bisher (ungewollt) längste, was diese Ausgabe in mehrfacher Hinsicht special macht. Zumindest sind wir in unserem Bemühen, die Länge der einzelnen Beiträge nicht allzu auszudehnen, erfolgreicher gewesen. So ist hoffentlich anhaltender Genuss mindestens bis zum nächsten *Feierabend!* garantiert. Auch wenn's mal wieder länger dauert.

P.S. Unsere Verkaufsstelle „Shahia“ feiert übrigens demnächst ebenfalls Jubiläum und ist uns nun auch schon über fünf Jahre treu. Grund genug, sie wie schon damals in Heft #4 zur Verkaufsstelle des Monats zu küren. Weiter so!

Viel Spaß beim Lesen,  
Eure *Feierabend!*-Redaktion

## Antreten zum Zapfenstreich

Das Problem ist bekannt: Eigentlich steht die Linkspartei ja für alles Gute und Schöne ein – beim ersten Anzeichen von Erfolg jedoch werden die eigenen Ideale schnurstracks über Bord geworfen. Auch der Leipziger Ordnungsbürgermeister Heiko Rosenthal (*Die Linke.*) hat seine Lektion in Sachen staatstragendes Ja-Sagen gelernt. Ob es um den Kampf gegen Graffiti-Sprayer geht, oder darum, Neonazi-Demonstrationen möglichst reibungslos über die Bühne zu bringen (siehe FA! #28), Sachzwangsverwalter Rosenthal ist mit dabei. Was

muss, das muss halt.  
Wie dieses  
Prinzip



sich in der Praxis äußert, konnte mensch nun beim Leipziger Bürgerfest beobachten. Bei diesem war auch die Bundeswehr vor Ort, um für ihren Verein die Werbetrommel zu rühren und der örtlichen Jugend zu erklären, dass der Tod für's Vaterland vielleicht doch eine ernsthafte Alternative zu einer Existenz als Hartz-IV-Empfänger wäre. Einige junge Menschen, die dagegen protestierten, wurden von Feldjägern und Security gewaltsam des Platzes verwiesen. Heiko Rosenthal hingegen ließ es sich nicht nehmen, zusammen mit Generalmajor Reinhard Kammerer ein Bierfass anzuzapfen. Muss ja. Auch der Standort Leipzig wird schließlich am Hindukusch verteidigt. Hirn ausschalten, gerade halten, in die Kameras der lokalen Presse grinsen und versuchen, dabei möglichst staatsmännisch auszuschauen: So klappt's auch mit der *SPD*.

nils

10 Jahre

gamma

Antifa-Newsflyer für  
Leipzig & Umland

<http://gamma.antifa.net/>

Mi 24.9. 19:30 —————  
Sozialwerk DSP, Eisenbahnstr.109, Leipzig  
„Keine Arbeit ohne Lohn!“  
Kampagne gegen unbezahlte Lohnarbeit  
(FAU Leipzig)

Mo 13.10. 19:00 —————  
Infobude G16, Gießstraße 16, Leipzig  
„Barrieren durchbrechen!“  
Soziale Basisbewegungen in Israel/Palästina“

Di 21.10. 20:00 —————  
Libelle, Kolonnenstr.19, Leipzig  
„FAU. Die ersten 30 Jahre“  
Buchvorstellung

Antifaschistisches Blatt  
**info**

Nr.79 | Sommer 2008



Erinnerungsarbeit  
Literatur nach Auschwitz

Kostenloses Probeexemplar:  
Antifaschistisches Infoblatt  
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin  
e-mail: aib@nadir.org  
web: www.antifainfoblatt.de

Einzelexemplar 3,10 Euro  
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

termine

## Kameras gegen Angstgefühle

Die Folgen des Streits vor der Diskothek „Schauhaus“, der Anfang März diesen Jahres zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen, Türstehern und Polizei in der Leipziger Innenstadt führte, bei denen ein Unbeteiligter erschossen wurde, sind längst noch nicht überwunden. Wie man das erschütterte Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger wieder herstellen könne, war das Thema einer Sitzung des Leipziger Stadtrats am 18. Juni. Die Stadträtin Peggy Liebscher (CDU) stellte dabei einen Antrag, wonach erstens ein „vollumfängliches Sicherheitskonzept“ erarbeitet zweitens geprüft werden sollt „Kriminalitätsschwerpunkten in Leipzig zusätzliche Videoüberwachungstechnik zum Einsatz kommen“ könne. Die Stadtverwaltung habe bereits erklärt, bis Ende des Jahres „ein Sicherheitskonzept zu den Schwerpunkten Fußball und Sicherheit sowie Sauberkeit und Ordnung vorlegen“ zu wollen. Auch die rechtlichen Möglichkeiten zur Ausweitung der Videoüberwachung sollten geprüft werden. Der Sprecher der SPD, Claus Müller, beantragte eine getrennte Abstimmung der beiden Punkte des Antrags. Die Fraktion schließe sich der Forderung nach Erarbeitung eines Sicherheitskonzepts mehrheitlich an – die Ergebnisse müssten in eine

noch zu erarbeitende Polizeiverordnung einfließen. Dass im Umfeld von Fußballspielen und Demonstrationen rechtsextremistischer Gruppierungen, „aber auch zu Silvester in bestimmten Stadtteilen“ ein großer Aufwand betrieben werden müsse, um die „Sicherheit unbeteiligter Bürger“ zu gewährleisten, sei nicht mehr hinnehmbar. Bei der Videoüberwachung müssten aber die Kompetenzen klar verteilt sein: Eine Überwachung des öffentlichen Raumes sei nur der Polizei erlaubt. Deren Aufgabe, und nicht die der Stadtverwaltung, sei es im übrigen auch, nach geeigneten Standorten für neue Kameras zu suchen. Der Sprecher der *Linken* lehnte die Forderung nach mehr Videoüberwachung ab, da es längst erwiesen sei, dass diese nicht mehr Sicherheit bringe. Die Fraktion der *Grünen* sprach sich dagegen aus – mehr Polizeistreifen seien schließlich ein wesentlich effizienteres Mittel zur Verbrechensbekämpfung. Bei der abschließenden Abstimmung wurde die Forderung nach mehr Videoüberwachung abgelehnt, die Erarbeitung eines Sicherheitskonzepts mehrheitlich angenommen. Ein erster Entwurf soll bis zum Ende des Jahres von Ordnungsbürgermeister Heiko Rosenthal (*Die Linke.*) vorgelegt werden.

nils

**NO  
BALL  
GAMES**



## Mai-B(I)ock

Auch am 1. Mai diesen Jahres brach wieder pünktlich um 9:30 Uhr ein mehr oder weniger breites Bündnis aus den üblichen Gewerkschaften und ihren jüngeren radikaleren Genoss\_innen vom Connewitzer Kreuz Richtung Augustusplatz auf. Das Motto der DGB-Kundgebung „Gute Arbeit muss drin sein“ erzeugte allerdings Unmut bei einigen Aktivist\_innen der „Antinationalen Gruppe Leipzig“ (AGL)\*. So verteilten diese während des Demonstrationzugs Flugblätter, um den von der Mehrheit der Teilnehmer\_innen vertretenen Arbeitsfetisch und die mangelnde Kritik am Kapitalismus anzugreifen. Um ihrem Anliegen Nachdruck zu verleihen, nahmen sie am Südplatz "in relaxter und garantiert arbeitswahnfreier Atmosphäre" mit Stühlen Platz und entfalteten ihr Transparent "Alle reden über Arbeit, wir tun was dagegen". Ein paar vereinzelte aufgebrauchte Verfechter des keynesianischen Sozialstaats waren – oh Wunder – darauf gar nicht gut zu sprechen und begannen sofort die Faulenzer "zu beleidigen, bedrohen und auch physisch zu belangen"\*\*. Die Polizei teilte freilich die Ansicht der Demoverteidiger\_innen und versuchte die Aktivist\_innen zur Freigabe der Strecke zu bewegen. Diese wiederum ließen sich durch die Reaktion auf ihre Provokation nicht provozieren, reagierten aber dennoch in Form einer spontanen Sitzblockade, welche erst nach immerhin fast 15 Minuten aufgelöst werden konnte. Und die Moral von der Geschichte: Bell'nde Hunde beißen nicht.

jasmin

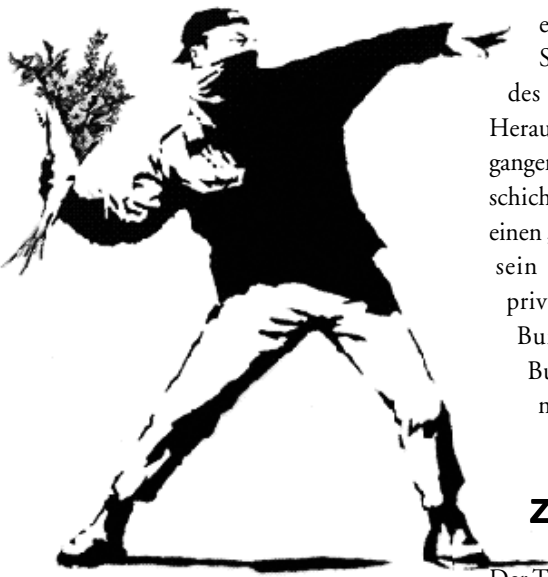
\* Inwieweit der Name mit der alten ANG zusammen- bzw. auseinandergeht, bleibt noch zu klären. aber der Nostalgie wegen: [www.left-action.de/archiv/0209011643.shtml](http://www.left-action.de/archiv/0209011643.shtml)  
\*\* [de.indymedia.org/2008/05/215573.shtml](http://de.indymedia.org/2008/05/215573.shtml)

**Feierabend!** ist ein unkommerzielles Zeitungsprojekt mit dem Ziel der Verbreitung libertärer, antiautoritärer & emanzipatorischer Ideen, der Darstellung von Sachverhalten, die in der kommerziellen Presse oft unzureichend, verzerrt oder gar nicht erwähnt werden, sowie der Beleuchtung von Themen, die uns interessant und wichtig erscheinen. Der Verkaufspreis von derzeit einem Euro dient einzig dem Begleichen der Kosten zur Erstellung des Heftes. Alle inhaltlich an der Erstellung des Heftes Beteiligten arbeiten als ÜberzeugungstäterInnen ohne Bezahlung.

**Eigentumsvorbehalt:** Nach dem Eigentumsvorbehalt ist *Feierabend!* solange Eigentum des Absenders bis er der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird *Feierabend!* der/m Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist er dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird *Feierabend!* der/m Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Den Flyer zur Aktion, einen Aktionsbericht sowie die Stellungnahme der AGL in Form eines offenen Briefes findet ihr hier: [agleipzig.blogspot.de/2008/05/16/protestaktion-gegen-arbeitswahn/](http://agleipzig.blogspot.de/2008/05/16/protestaktion-gegen-arbeitswahn/)





einschlägiger Publikationen für einen Schlussstrich unter die Aufarbeitung des Nationalsozialismus und für das Heraustreten aus dem „Schatten der Vergangenheit“ (4) ein. Dieser Hang zum Geschichtsrevisionismus, sein Plädoyer für einen „positiven Nationalismus“ und auch sein Lamentieren über die „vielfach privilegierte jüdische Position in der Bundesrepublik“ (5) hinderten das Bundesverfassungsgericht seinerzeit nicht daran, ihn als Gutachter im NPD-Verbotsverfahren zu bestellen.

## Zurück nach Leipzig

der „Mitte“ ist zudem selbst politisch umkämpft. Wie veräußerlich verbriefte Grundrechte sind, zeigt die faktische Abschaffung des Grundrechtes auf Asyl im Jahr 1993 ebenso wie die derzeit von Innenminister Schäuble regelmäßig eingebrachten Vorschläge für Verfassungsänderungen, um so z.B. Bundeswehreinheiten im Inneren oder Online-Durchsuchungen zu ermöglichen.

Die Extremismustheorie kann also nur als interessengeleitetes Kampfinstrument bezeichnet werden. Die politische Linke und Rechte werden gleichgesetzt und damit die grundlegenden inhaltlichen Differenzen zwischen ihnen ausgeblendet. Jede Kritik am Status quo führt zum Vorwurf des „Extremismus“.

Obwohl sie in wissenschaftlichen Kreisen mehrheitlich zurückgewiesen wird, dient die Extremismustheorie besonders in Sachsen als Grundlage von Meinungsbildung und praktischer Politik. Sogar ein eigenes Institut – das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung – leistet sich der Freistaat, und mit Eckart Jesse, der als Professor für Politische Systeme und Politische Institutionen an der TU Chemnitz lehrt, einen wissenschaftlichen Stichwortgeber. Dass Jesse einen Privatkrieg gegen die gesamte politische Linke führt, zeigt die politische Funktion der Extremismustheorie und fügt sich gut in die Strategie der konservativen Staatsregierung ein. Der Politikwissenschaftler selbst pflegt enge Kontakte zur Neuen Rechten und tritt als Autor und Herausgeber

Der Tonfall, den die politischen und wissenschaftlichen Eliten in Sachsen anschlagen, macht klar: Hier wird mit tatkräftiger Unterstützung der Presse die gesellschaftliche Diskreditierung der politischen Linken, linker Kultur und besonders von AntifaschistInnen, denen es nicht reicht, Zivilcourage nur zu fordern, vorangetrieben. Damit geht automatisch die Bagatellisierung der sich aktivierenden Naziszene in Leipzig und den ländlichen Regionen Sachsens einher.

Der Meinungsmainstream folgt dieser Gleichmacherei. So rufen Schlagzeilen wie die der Leipziger Volkszeitung nach einem Aufmarsch der „Freien Kräfte“ in Leipzig-Grünau im April, „Trotz Neonazi-Demo und Antifa-Protest gestern Abend keine ernsthaften Zwischenfälle“, kaum Widerspruch hervor. Dass AntifaschistInnen durch das Plattenbauviertel getrieben, mit berittener Polizei bedroht und polizeilichen Willkürmaßnahmen ausgesetzt wurden, während Nazis in Ruhe marschieren konnten, liegt in der Logik des bürgerlichen Rechtsstaates und scheint bei der „Zivilgesellschaft“, die derzeit durch Aktionsprogramme hochgepöppelt wird, nicht sonderlich auf Interesse zu stoßen. Ob das Ziel des Anti-Extremismus-Kampfes allein im Aufheizen der Mehrheitsmeinung besteht, ob es sich um parteipolitische Ränkespiele handelt oder ob ein konzertierter Schlag gegen linke Projekte zu erwarten ist, ist nicht auszumachen. Angesichts der Art, wie eine unpolitische, aus den Fugen geratene Silvesterparty am Connewitzer Kreuz aufgebauscht wird,

kann allerdings zu Recht von einer politischen Kampagne gegen die linke Szene in Leipzig gesprochen werden. Als der Leipziger Polizeichef Rolf Müller im April 2008 überraschend zurücktrat, wurde auch auf die Kritik an seiner „Deeskalationsstrategie“ bei „Krawallen gewaltbereiter Autonome, wie zum Jahreswechsel am Connewitzer Kreuz“ verwiesen. Wenn das Vorgehen von Polizei und Ermittlungsbehörden als deeskalativ bezeichnet wird, mag man sich lieber nicht ausmalen, zu welchen Mitteln sein Nachfolger Horst Wawrzynski greifen wird. Der sächsische Innenminister jedenfalls kündigte bereits ein härteres Vorgehen an. In diesem Sinne: Lasst euch nicht aus der Fassung bringen. Silvester feiern ist kein Verbrechen. Und vor allem sind „linke, antifaschistische Politik und Kultur [...] nicht „extremistisch“, sondern extrem wichtig!“ (6)

Rote Hilfe Leipzig

(1) Der ehemalige NPD-Landtagsabgeordnete Klaus Baier trat mittlerweile der DSU (Deutsche Soziale Union) bei, während Mirko Schmidt, der im Dezember 2005 als erster die NPD-Landtagsfraktion verließ, mit der „Sächsischen Volkspartei“ recht erfolglos sein Glück versucht und ebenfalls beim „Bündnis für Sachsen“ mitmischt. Dies gilt auch für den Ex-NPD-Fraktionär Jürgen Schön – inzwischen im Schlepptau mit der Kleinstpartei FPD (Freiheitliche Partei Deutschlands).

(2) Bei dem auch als „Türsteherstreit“ bezeichneten Kleinkrieg im Leipziger Sicherheitsdienst- und Discothekenmilieu war es im März zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Türstehern, Polizei und Jugendlichen gekommen, bei denen ein Mensch zu Tode kam.

(3) Gero Neugebauer: „Extremismus – Rechts-Extremismus – Linksextremismus. Einige Anmerkungen zu Begriffen, Forschungskonzepten, Forschungsfragen und Forschungsergebnissen“ in: Schubarth/ Stöss (Hrsg.), Rechts-Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Bonn 2000, S. 21f.

(4) Titel eines von Jesse gemeinsam mit Rainer Zitelmann und Uwe Backes herausgegebenen Sammelbandes, der „Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus“ geben will, Eckhard Jesse, Uwe Backes, Rainer Zitelmann (Hrsg.): „Die Schatten der Vergangenheit: Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus“, Ullstein, Frankfurt am Main/Berlin 1992.

(5) Eckart Jesse: „Philosemitismus, Antisemitismus und Anti-Antisemitismus“ in: „Die Schatten der Vergangenheit: Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus“.

(6) So lautete das Motto des Offenen Briefes der aus Anlass auf die beschriebenen Vorgänge gegründeten „Initiative gegen jeden Extremismusbegriff“ ([www.inex.blogspot.de](http://www.inex.blogspot.de)).

## LibeLLe: Libertärer Laden Leipzig

### Fünf Jahre selbstorganisiertes Projekt

„Zuerst waren wir ganz wenige und haben uns privat getroffen. Die Ortsgruppe der FAU hatte sich gerade erst gegründet und suchte nach einem Raum, um die Gruppenarbeit leichter in die Öffentlichkeit zu tragen. Die FAUist@s haben den Prozess deshalb am meisten getrieben“, so charakterisiert einer der Aktiven die Entstehungsphase des Ladens in der Kolonnadenstrasse nahe der Leipziger Innenstadt.

Mitte Juni 2008 feierte das Ladenprojekt Libelle seinen fünften Geburtstag. Anlass für uns, einige Nutzer\_innen nach ihrem vorläufigen Resümee zu befragen. Gründungsmitglieder und Späteinsteiger\_innen, Workaholics und Nutznießer\_innen zogen für uns hier Bilanz aus einem halben Jahrzehnt (versucht) selbstorganisierter libertärer Struktur.

Nach ihrer Motivation aus der Gründungszeit befragt, ging es den Veteran\_innen „von Anfang an mehr um die Möglichkeiten, Leute in den Laden zu ziehen und mit anarchistischen und kommunistischen Ideen vertraut zu machen“ beziehungsweise „die Idee war, eine Schnittstelle für ganz ‚normale‘ Leute zu schaffen, um diese an linke Politik heranzuführen“. Was auch einer der Gründe war, nicht in eines der üblichen Szeneviertel wie Connewitz zu gehen.

„Das Interesse an einem Freiraum und auch die Vorstellung einer anarchistischen Organisation des Raumes nach den Prinzipien der Gegenseitigkeit und Selbstbestimmung waren eher akademischen Ursprungs als das Produkt der Erfahrungen und Diskurse der Szene.“

Die Schnittmenge mit Leuten aus der eingesessenen Szene war deshalb zunächst eher gering. Dennoch kam es aufgrund ähnlicher Inhalte schnell zu vielen Synergieeffekten. Der Laden bot einen offenen Raum für Menschen und Gruppen, die sich bereits engagierten oder erst neue Projekte starteten: „Wir wussten gar nicht, wie

wir die ganzen regelmäßigen Plenartermine der Gruppen und die Veranstaltungen unter einen Hut bringen sollten. Freie Arbeiter/innen-Union, Feierabend!, linke StudentInnengruppe (LSG), die Schachgruppe des Roten Stern Leipzig, die Engagierten WissenschaftlerInnen und so manche Gruppe, die nur eine kurze Blütephase hatten, wie das Bühnenskollektiv oder die ‚Burschenschaft‘ Fäkalia“. Später kamen unter anderem die Umtauschinitiative, die Gruppe LUST, Ya Basta!, Antispe Leipzig und die Erwerbsloseninitiative Leipzig hinzu.

### Die Frage der Offenheit

Zum Selbstverständnis gehörte, zuerst einmal für alle offen zu sein. So sollte der Laden ein „Anlaufpunkt für Menschen [sein], die sich einbringen wollen, die sich unabhängig von Staatszugehörigkeit, Konfessionen, Gender oder Bildungshintergrund eine bessere Welt vorstellen können und sich dafür engagieren“. Doch auch in der Libelle kennt die Aufgeschlossenheit Grenzen, gemäß der Weisheit „wer für alles offen ist, ist nicht mehr ganz dicht“ mussten auch schon mal Personen wegen sexistischen oder rassistischen Äußerungen des Raumes verwiesen werden. „Letztlich kann man das aber nur am Einzelfall entscheiden, und das finde ich einen offenen Umgang miteinander. Dagegen zum Beispiel einfach zu sagen: Du trägst ein Pali-Tuch, Du kommst hier

nicht rein! – das ist das genaue Gegenteil einer offenen Politik.“

Neben solchen „inhaltlichen“ Gründen, war die Auseinandersetzung mit sogenannten Außenseitern der Gesellschaft (Menschen mit argen psychosozialen Problemen) ein häufiger Diskussionspunkt. „Viele vergessen bei ihrem Anspruch auf Offenheit oft, dass die Libelle weder über den Raum noch über die Möglichkeiten einer sozialtherapeutischen Station verfügt“. Wie mit solchen Konflikten umzugehen sei, wurde letztlich nicht festgeschrieben, aber mit Kontakten zu Beratungsstellen eine Handlungsoption geschaffen.

### Was lief, läuft und geht

Von Anfang an wurde dazu aufgerufen, sich mit Ideen und Kreativkraft einzubringen, wie schon der erste Veranstaltungsflyer zeigt: „Das (...) Ladenlokal ist eine Welt der Möglichkeiten, kein fertiges Angebot, kein Freizeitpark Belantis und keine ‚Leipziger Freiheit‘ der Einkaufsmeile.“ Getreu dem Motto „wir sind Riesen, die von Zwergen zu Zwergen erzogen wurden“, werden Menschen angeregt, über sich selbst hinauszuwachsen. Dies fand in den ersten Jahren vor allem bei Studistreiks, den Montagsdemonstrationen gegen HartzIV und auch bei Antifa-Demos seinen Ausdruck.

Neben praktischer Kritik an der Tagespolitik wurde der anarchistische Ansatz der Libelle mit der ersten inhaltlichen Veranstaltung verdeutlicht.

Abel Paz, der über seine Erlebnisse aus dem Spanischen Bürgerkrieg berichtete, zog über 70 Leute an, die nur auf Bierbänken in dem winzigen Raum unterzubringen waren. Außer Vorträgen, Filmvorführungen und Infoveranstaltungen gab es Lesungen, Spieleabende, Workshops bis hin zu Rockkonzerten. Kreative Energie wurde in Puppentheater, cocktaillastigen Soli-The-





ken oder Zwischendeckendämmungsmaßnahmen umgesetzt. Einen besonderen Raum für Diskussionen bieten die wöchentlichen Voküs, wo unbefangenen über Politik und Gesellschaft debattiert werden kann. Für politisches Engagement ist heutzutage der Anschluss an das Computerzeitalter unabdingbar. Die PC-Arbeitsplätze ermöglichen nicht nur die virtuelle Kontaktpflege, sondern auch die Gestaltung und Verbreitung von Informationen.

## Wie kommt mensch rein?

„Das erste Mal bin ich vor zwei Jahren zur Veranstaltung „Venezuela - Sozialismus des 21. Jhd.“ in die Libelle gekommen - das Thema war gerade mal wieder en vogue“, sagt einer, der über einen E-Mail-Verteiler aufmerksam wurde. „Und wie es halt so ist, diskutierten wir noch bis zum Morgengrauen über Chavez und Anarchist\_innen in Venezuela“.

Ein anderer meint: „Ich bin durch Anregung eines Freundes eines Samstags mit zur VoKü gegangen, dort bin ich auf Leute getroffen, die mich gefragt haben, ob ich Interesse hätte, mich auch persönlich einzubringen. So hab ich mir die verschiedenen Gruppen und ihre Tätigkeitsfelder angesehen und bei Gelegenheit hier und da mal mitgemacht“.

Aber auch politische Gruppen brachten Zulauf. So meinte jemand: „Ich habe durch die LSG zur Libelle gefunden.

Vorher trafen wir uns immer in der Uni, aber die Libelle machte die wöchentlichen Plenas erst zu einer gemütlichen und intensiven Zeit“.

Häufig waren es unmittelbar Bekannte, die im Gespräch auf diese Plattform hingewiesen wurden, doch mitunter gelang es auch durch Proteste auf der Straße: „Ich bin durch die Anti-Hartz-IV-Demos in die Libelle gekommen. Einige Leute aus dem Laden waren da sehr aktiv, und deren u.a. durch Redebeiträge und Flugblätter vermittelte Inhalte waren mir sehr sympathisch. Ein Großteil der Demo und das organisierende Sozialforum gingen doch sehr stark in so eine „Wir-wollen-Arbeit“-Richtung, als ob Lohnarbeit nun nicht nur eine Möglichkeit wäre, über die Runden zu kommen, sondern wer weiß was Gutes... Auch waren die Libellistas fast die einzigen, die sich gegen die BüSo-Leute engagierten, die mit ihren wirren Verschwörungstheorien zu der Zeit massiv versuchten, Einfluss bei den Demos zu gewinnen“. Eines der Gründungsmitglieder bestätigt: „Zu der Zeit war die Libelle ein wertvoller Ausgangsort für Aktionen. Darüber sind auch viele Leute, vor allem Studis politisiert worden bzw. in das Projekt rein gezogen worden. Heute – und hier spreche ich schon aus der beobachtenden und nicht mehr aktiven Perspektive – kommen vor allem junge Leute aus der Antispe- und Tierrechtsbewegung in die Libelle.“

## Zwischenstand

Es war natürlich unvermeidlich, dass sich mit den Aktiven auch der Laden im Lauf der letzten fünf Jahre geändert hat, was nicht ohne Reibungsverlust vonstatten ging. „Folge ist sicher ein Schwinden des gemeinsamen politischen Profils, da sich viele eben nur als Einzelpersonen in der Libelle engagieren (ohne diese Menschen dafür jetzt kritisieren zu wollen). Ein gemeinsamer Grundkonsens ist sicher da, wird aber zu selten diskutiert und sicher auch zu wenig nach außen getragen.“

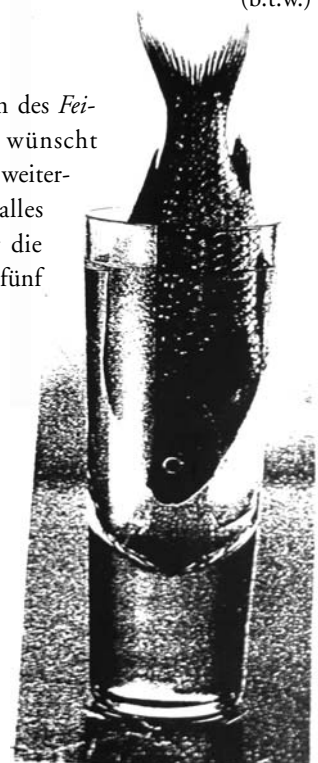
Die Finanzierung dieses selbstorganisierten Projektes gestaltete sich schon immer schwierig, „obwohl die finanzielle Lage nach wie vor (und wieder mal) prekär ist.

Aber es sind auch positive Entwicklungen zu sehen. So läuft seit einem knappen Jahr der Veranstaltungsdienstag, wobei einige ebenso inhaltlich gute wie gut besuchte Veranstaltungen dabei waren. Die Außenwirkung ist derzeit also wohl um einiges besser als noch vor einem Jahr. Wünschenswert wäre es, sich künftig noch stärker in innerlinke Diskussionen in Leipzig einzubringen, eigene Akzente zu setzen und dabei auch immer noch bestehende Vorurteile gegen die Libelle (vor allem im „antideutschen“ Spektrum) abbauen zu können. Dass andere Leute andere Meinungen und Schwerpunkte haben, ist okay, aber es wäre schön, nicht von vornherein, d.h. vor einer wirklichen Auseinandersetzung mit den von „uns“ vertretenen Inhalten, in eine Schublade gesteckt zu werden.“

Obwohl die Situation also nicht unbedingt als „rosig“ beschrieben werden kann, wurde nach einem halben Jahrzehnt eine Menge erreicht; politische und kulturelle Initiativen wurden gegründet, Augen für die unzähligen kritikwürdigen Verhältnisse in der kapitalistischen Gesellschaft geöffnet und konkreten Bedürfnissen mit praktischer Unterstützung begegnet.

(b.t.w.)

Das Team des *Feierabend!* wünscht auf dem weiteren Weg alles Gute für die nächsten fünf Jahre!





des HausHalten e.V.



Das Projekt des *HausHalten e.V.* (vorgestellt in FA! #29) mausert sich zum Exportschlager: Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat beschlossen, den Verein bis September mit 135.000 Euro zu fördern. Mit dem Geld soll vorrangig die Renovierung der Lützner Straße 39, wo der Verein offiziell seit einigen Monaten seinen Sitz hat, vorangetrieben sowie ein „Bildungs- und Kompetenzzentrum“ eingerichtet werden. Außerdem sollen damit Vorträge, eine Internetpräsenz und Infobroschüren finanziert werden, um das Modell weiteren Städten mit hohem Leerstand schmackhaft zu machen. Auf Ministerebene scheint mensch also durchaus vom Konzept des kleinen Vereins überzeugt zu sein.

Für *HausHalten* ist dieser Erfolg offensichtlich auch ein Ansporn, das Erfolgsrezept, mit dem beinahe vier Jahre gut gefahren wurde, zu erweitern und bautechnisch Neu(brach-)land zu betreten. Das seit diesem Juni zwölfte Gründerzeithaus ist nicht nur an der Kreuzung Zschochersche und Karl-Heine-Straße und somit an der Schnittstelle zweier Hauptverkehrsadern gelegen, sondern zugleich wird erstmals ein Objekt aus dem Bestand der *Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft (LWB)* der Obhut des Vereins überlassen. Auch in anderer Hinsicht kann die Immobilie des größten lokalen Wohnungsanbieters mit Besonderheiten auf-

## „Zschocher 23“

### Wächterhäuser im Portrait

warten: Rekrutierten sich die Nutzer\_innen, von *HausHalten* nur „Wächter“ genannt, bisher fast ausschließlich aus Vereinsmitglieder\_innen, die dem experimentieren und verwirklichen aussergewöhnlicher unkommerzieller Ideen behaftet waren, schreibt der Eigentümer *LWB* nun eine explizit gewerbliche Nutzung seiner Räumlichkeiten vor. Nach ersten Beobachtungen hat *HausHalten* bei der Auswahl der Nutzer\_innen aber wohl sehr genau darauf geachtet, keine direkte Konkurrenz zu den Anrainerläden entstehen zu lassen. Jedoch drängt sich der Eindruck auf, als wolle die *LWB* über eine kostenlose Renovierung des jahrelang leer stehenden Hauses hinaus vor allem eine Feldstudie betreiben, ob dieses Objekt in naher Zukunft wieder marktfähig werden könnte. Direkt gegenüber, auf der anderen Seite der Karl-Heine-Straße ist eine Brachfläche, dort stand bis 2005 noch ein ähnliches, denkmalgeschütztes Gründerzeithaus, welches die *LWB* kurzerhand räumen und abreißen ließ, weil es unrentabel war. Die Wächter\_innen fungieren also als Versuchskaninchen, in ihren Gestattungsvereinbarungen (in denen die Nutzungsrechte für fünf Jahre vom Vermittler *HausHalten* übertragen werden) ist eine Klausel enthalten, welche der *LWB* erlaubt, die Vereinbarungen mit dem Verein schon nach 24 Monaten aufzukündigen. Mietverträge im juristischen Sinne gibt es nämlich nicht, die experimentierfreudigen jungen Nutzer\_innen müssten sich also im schlimmsten Fall kurzfristig andere Domicile suchen. Im Folgenden werden die Konzepte der neuen Bewohner\_innen der Zschocherschen Straße 23 vorgestellt und wie sie den teils stark verkommenen Raum aufwerten.

### Veganes und Indisches

Im Erdgeschoss bemühen sich Franzi, Christoph, Markus und Adel, das Chaos bis Mitte Oktober in einen Imbiß zu verwandeln, der außer dem üblichen Spätisortiment auch vegane und vegetarische

Speisen zum kleinen Preis anbieten wird. Die stark heruntergekommenen 120 Quadratmeter können sie nutzen, weil die ursprünglich vorgesehenen Personen kurzfristig abgesprungen sind. Sie suchen die Eigenverantwortung, ein Einkommen ohne Chefs, wollen der alternativen Szene im Leipziger Westen einen Anlaufpunkt geben und eine Lücke im Angebot der preisgünstigen und gesunden Ernährung abseits von VoKüs schließen. Der Entwicklung des Stadtteils sehen sie freudig entgegen; weil die Südvorstadt überlaufen und teuer ist, wird sich die Jugend wohl auch in Zukunft mehr gen Westen orientieren. Noch vor der eigentlichen Eröffnung ist geplant, die Räumlichkeiten mit Lesungen und Konzerten zu bespielen, Interessierte sind aufgerufen, sich zu melden.

Nebenan werden Dana und Tom den Laden *Akash* eröffnen, der Waren des täglichen Bedarfs, hauptsächlich aus Indien, vertreiben wird. Das Paar betreibt schon seit längerem einen Internetversand unter selben Namen ([www.akash.de](http://www.akash.de)), hat mehrere Jahre in Indien gelebt und, weil der Platz in den heimischen Wänden knapp wurde, im Wächterhaus eine ihrer Ansichten nach ideale Möglichkeit gefunden, ihre Waren auch ohne großes finanzielles Risiko einem größeren Kundenkreis bekannt zu machen. Sie schätzen die anstehenden Renovierungsarbeiten der 70 Quadratmeter als gering ein, am 13. September soll die Eröffnung sein und das vorhandene Angebot im Quartier ergänzen. Eine echte Alternative zur Karl-Liebkecht-Straße entstehe hier, vor allem die Karl-Heine-Straße sei dabei, der Lebensader der Südvorstadt den Rang abzulaufen, ist Tom überzeugt. Und das deshalb, weil die Strukturen hier noch nicht so gefestigt seien und viel Raum für Kreativität böten. Wer glaubt, sich in die Innengestaltung des Ladens sinnvoll einbringen zu können oder eigene Produkte über *Akash* vertreiben möchte, kann sich gerne melden.

## Räucherwerk und Möbel

Im 1. Obergeschoß ist Anja gerade dabei, auf 120 Quadratmetern ihren lang gehegten Traum vom eigenen Laden zu verwirklichen, welcher aber nicht nur ein Laden sein soll, sondern auch ein Ort der Begegnung. Sie freut sich über die logistische Unterstützung des Vereins und lobt den Zusammenhalt der Hausgemeinschaft. Neben einer Werkstatt und einem Verkaufsraum für ihre Gewürze, Räucherwerk und selbstgezogenen Kerzen (die auch bei *Akash* erhältlich sein werden) soll später eine Töpferin das Angebot ergänzen. Außerdem sucht sie noch Leute, die sich in das Gesamtkonzept einbringen und den künftigen Seminarraum mit Leben erfüllen wollen. Sie könne sich sehr gut Handwerkskurse oder etwa Schulungen zur gewaltfreien Kommunikation vorstellen. Ihr Nachbar auf der Etage ist Jörg, ein Möbelbauer, der dort seine Designerstücke fertigen und präsentieren will.

## HGB-Etage

Das Stockwerk darüber ist in die Hände von Andi, Markus, Florian, Kathe und Marian gelegt worden, allesamt Student\_innen der *Hochschule für Grafik und Buchkunst (HGB)*. Sie freuen sich über den relativ günstigen Arbeitsraum und die Nähe zur künstlerischen Szene im Westwerk und der Spinnerei.

Ihre 210 Quadratmeter stehen bereits jetzt weitgehend zur Nutzung bereit, ob sie in den Räumen jemals eine Ausstellung machen werden, ist unklar. Ein Erlöse versprechendes Modell haben sie nicht, dafür Arbeitsraum, der sie wenig kostet und schnell verfügbar ist, weil ihre Ansprüche gering sind. Auch sie sehen noch ein enormes Entwicklungspotenzial im Revier, ihre Freude wird lediglich dadurch getrübt, dass die *LWB* sich

viel Zeit lasse, den Stromanschluss zu verlegen.

## Yoga und Kunst

Im dritten OG werkeln momentan Manuela und Claudia auf 80 Quadratmetern, um ab September dort Kurse für Ashtanga Yoga anbieten zu können. Sie schildern es als besondere Art der Bewegungsmeditation, eine dynamische Art der Körper- und Geistarbeit - aber nicht zu esoterisch - für die es bislang in Leipzig keine Schule gebe, die Anfängerkurse anbietet. Ihr Ziel ist, den Raum auch anderen zu überlassen, damit diese dort Kurse anbieten können, zum Beispiel für Meditation, Yoga oder Reiki. Darüber hinaus sind wöchentliche Treffen angedacht, um einen Treffpunkt für Gleichgesinnte zu bieten. Ihre Nachbarn werden drei Künstler werden, die dort ihre Ateliers einrichten wollen, aber bislang noch nicht in Erscheinung getreten sind. Ob jene dann auch ein Gewinn schöpfendes Geschäftsmodell vorweisen können war daher noch nicht in Erfahrung zu bringen. Auf die ersten Erlebnisse der Wächter\_innen sowie Reaktionen von Seiten der *LWB* darf mensch gespannt sein.

bonz



## HINTERGRÜNDE aus FA!#29 (S.1/4ff)

Wie im letzten Heft bereits vorgestellt, interessiert uns am Wächterhaus-Konzept des *Haus Halten e.V.* am meisten, inwieweit das Ganze im Sinne sozialer Stadtentwicklung in die Pflicht genommen werden kann. Anlass hierzu gibt der Verein selbst, der sich dieses entwicklungspolitische Ziel ja setzt und sich dadurch auch profiliert. Als Zwischenergebnis mussten wir jedoch feststellen, dass der *Haus Halten e.V.* neben der Höherentaxierung des Verkehrswerts der Häuser keine wesentlich soziale Perspektive aufweist und zudem kaum Kriterien anzugeben weiß, nach denen eine solche positive Entwicklung projiziert und schließlich auch forciert werden könnte. Desweiteren wurde deutlich erkennbar, dass die Interessen derjenigen, die man ja als Protagonisten einer gewünschten Entwicklung betrachten muss, nämlich die WächterInnen zuallererst selbst, im Konzept des Vereins am wenigsten zur Geltung kommen. Am runden Tisch sitzen letztlich nur das Kapitalinteresse des eigentlichen Besitzers, neben den Interessen der Stadt Kosten zu senken und den Eigeninteressen des Vereins. Bedenkt man dabei, dass über die Erhebung von Nebenkosten und den an den Verein zu entrichtenden Mitgliedsbeitrag die Nutzung nur noch halb so „günstig“ ist, hohe Eigenleistungen zu erbringen sind und quasi kein Mietrecht in Anspruch genommen werden kann, dann wirkt der glänzende Vorschein des Konzeptes doch schon reichlich fade. Denn es dürfte klar sein, dass eine „klassische Gentrifizierung“ - indem höhere Mieten einfach „soziale Probleme“ in andere Stadtteile verdrängen - keine nachhaltige soziale Entwicklung darstellt.

Trotz dieser Kritik an dem Modell „Wächterhaus“ scheint es uns jedoch nicht müßig, die Praxis vor Ort, die Erfahrungen und das Engagement der WächterInnen näher unter die Lupe zu nehmen. Denn fernab der mangelnden Ziele des Vereins ist es ja möglich, dass von den NutzerInnen und ihren Projekten selbst positive Impulse ausgehen, die man im Sinne sozialer Stadtentwicklung verstehen könnte.

Diese Spurensuche führte uns aus aktuellem Anlass zuerst in die Zschochersche Straße 23, wo in diesen Tagen munter gewerkelt wird, um das neuste Wächterhaus schnellstens bezugfertig zu machen.

## Braucht Leipzig einen Friedenspreis?

Was passt besser zum Weltfriedenstag am 01. September als ein Friedenspreis. So zumindest dachten wohl die Initiatoren des in diesem Jahr erstmalig ausgelobten Preises „LEIPZIG GEGEN KRIEG“. Immerhin wurden im Vorfeld zahlreiche Wahlurnen an Gruppen und Initiativen verteilt und man konnte so 32 Vorschläge von Einzelpersonen, Vereinen und Initiativen sammeln, die damit zur Wahl standen. Auch noch positiv zu sehen ist, dass die VeranstalterInnen sich für eine öffentliche Jurydiskussion entschieden, so dass sowohl dem Aspekt der Transparenz als auch dem der Partizipation genüge getan wurde. Dass der dreistündige Diskussions- und Entscheidungsprozess dann jedoch eher einem mathematischen Teilsommenspiel glich, als einer inhaltlichen Auseinandersetzung, trübt das Bild und ist schon Symptom des Zustandes der Friedensbewegung hierzulande. Zwar wurde der Zusammenhang von Krieg mit Militarismus und Faschismus durchaus gesehen und der Friedenspreis stand auch ausdrücklich inhaltlich unter diesem Dreischritt. Dennoch wurden bei der Auswahl der eingereichten Vorschläge mit Verweis auf schon ausreichend bestehende antifaschistische Auszeichnungen zuallerst alle

antifaschistisch orientierten Initiativen/Personen aus den Vorschlägen aussortiert und deren Zahl damit deutlich reduziert. Und nach der im zweiten Schritt vollzogenen Eliminierung aller mit der veranstaltenden Initiative assoziierten Gruppen/Personen blieben so nur noch 16 Vorschläge übrig. Als nächstes entschied sich die Jury, auch jene von der Wahl auszuschließen, deren Friedensengagement eher beruflichen als ehrenamtlichen Tätigkeiten entsprang, was eine weitere formale Halbierung der Aspiranten bedeutete. Danach wurde die Verzichtfrage aufgeworfen, die letztlich darin mündete, dass nur noch drei Kandidaten in den "Endlauf" gelangten: Johannes Schroth (*attac*) und die Vereine *Medizin für Gambia* und *Lebendiges Kongo*. Da nun ersterer nicht anwesend war und das Gerücht kursierte, dass Herr Schroth auch zu Gunsten anderer von einer Preisverleihung zurücktreten würde, reduzierte die Jury die tatsächliche inhaltliche Abwägung auf eine 1:1-Entscheidung zwischen den beiden letztgenannten Vereinen. Dabei gab schließlich die Aktivität von *Lebendiges Kongo* den Ausschlag, der noch im letzten Jahr symbolträchtig zwei ausgemusterte Feuerwehrfahrzeuge in den Kongo verschickt hatte, um nach eigener Aussage daran ehemalige Kindersoldaten zu Feuermännern auszubilden. Die bei dem diesjährigen Ostermarsch aus einem Schwert geschmiedete Sichel ging somit an die Initiatoren des Vereins *Lebendiges Kongo*.

Herzlichen Glückwunsch!

Doch so begrüßenswert die erzeugte öffentliche Aufmerksamkeit auf diese sicher lobenswerte Initiative ist, so schwer wiegt auch die Frage, ob man denn in Leipzig überhaupt einen solchen "Friedenspreis" braucht bzw. ausloben sollte. Zumal ja schon vorderhand einsichtig ist, dass es wohl eher den betroffenen Menschen im Kongo zustände, zu beurteilen, inwieweit eine Initiative wie *Lebendiges Kongo* dem Frieden vor Ort wirklich zuträglich ist. Und unter dieser Maß-



g a b e  
v e r s t e h t

sich eben gerade nicht, warum gerade antifaschistische und antimilitaristische Initiativen zurückgestellt wurden und die Jury stattdessen ihr Heil in der Entwicklungszusammenarbeit suchte. Sicher, Leipzig ist als Messestadt selbst zu DDR-Zeiten welt-offen gewesen. Aber aktuell gehören auf die "Agenda für den Frieden" viel mehr die forcierte Militarisierung an den Stadträndern, die neofaschistischen Zusammenrottungen in einigen Stadtvierteln, die Gentrifizierungsträume der Stadtoberen oder auch die verschärften Arbeitsbedingungen vieler LeipzigerInnen. Global zu denken, heißt hier nicht, sich in ferne Kriegsszenarien einzuspinnen, sondern zu erkennen, dass ein antifaschistischer, antimilitaristischer Kampf – der selbstverständlich auch gegen Ausbeutung, Konkurrenz, Selektion und Segregation gerichtet sein muss – lokal vor Ort, hier in Leipzig, das mit Abstand Beste ist, was tatsächlich für eine friedlichere Welt getan werden kann.

Zum Schluß: Was Leipzig derzeit fehlt, ist also nicht ein Friedenspreis, selbst wenn damit Geldmittel verbunden wären, sondern eine ernsthaft inhaltliche Kritik, die zuallerst einmal das Selbstverständnis der "Friedensbewegten" hinterfragt, das was unter „Frieden“ überhaupt verstanden wird. Eine Kritik, die damit die Voraussetzungen für eine wirksame Friedensbewegung erst schafft, deren Protagonisten man dann im Nachgang einer fernen Zukunft mit Gold überhäufen möge. Sofern, ja sofern das dann überhaupt noch Sitte ist.

(clov)

www.leipzig-gegen-krieg.de  
www.lebendiges-kongo.org  
www.medizin-fuer-gambia.de

EnWi Leipzig  
www.engagiertewissenschaft.de

Claudio Altenhain, Anja Danilina, Erik Hildebrandt, Stefan Kausch, Annekatrin Müller, Tobias Roscher (Hg.)

## Von „Neuer Unterschicht“ und Prekariat

Gesellschaftliche Verhältnisse und Kategorien im Umbruch  
Kritische Perspektiven auf aktuelle Debatten

Die "neue Unterschicht" ist disziplinos, arbeitsscheu, dumm, fettleibig, fernsehsüchtig - kurz: "Unterschichtler" sind asozial. Solche Zuschreibungen beherrschen die aktuelle Debatte über die "Unterschicht" und das "Prekariat" in seiner "abgehängten" Form. Doch wer wird hier eigentlich beschrieben und was für ein Bild von Gesellschaft wird dabei produziert? Neben der kritischen Auseinandersetzung mit Mainstream-Diskursen über "die da unten" wird Prekarisierung in diesem Band auch als gesamtgesellschaftliches Phänomen in den Blick genommen. "Unterschicht" und Prekarität werden dabei aus sozialwissenschaftlichen, künstlerischen und lebensweltlichen Perspektiven thematisiert.

[transcript]

Bestellungen an:  
schwerprekaer@engagiertewissenschaft.de  
Infos unter:  
www.transcript-verlag.de/ts1000/ts1000.php

# Für „Todesstrafe“ und „Nationalen Sozialismus“

Das Neonazis jeden Fall von Kindesmissbrauch für die eigenen Zwecke ausschachten und mit simplen Rezepten die Mehrheitsmeinung für sich zu gewinnen versuchen, ist nichts Neues. Der Fall der Ermordung der achtjährigen Michelle bekommt dadurch zusätzliche Brisanz, dass es sich beim Opfer zufällig um die Nichte von Istvan Repaczki handelte, einem der Hauptakteure der *Freien Kräfte Leipzig*.

Repaczki und die Freien Kräfte nutzten die Gelegenheit und organisierten für den 21.8. einen Trauermarsch. An einem weiteren Trauermarsch vier Tage später nahmen etwa 600 Menschen teil. Die trauernden Bürger\_innen ließen sich dabei von den zahlreich anwesenden Neonazis nicht stören. Dem Vorwurf einer politischen Instrumentalisierung des Falles widersprachen sie mit folgender Begründung: „Das Mitführen von Transparenten auf denen die Todesstrafe für Kinderschänder gefordert wird, ist angesichts des tragischen Ereignisses vollkommen legitim. Diverse Parteifahnen, Flugblätter oder sonstiges sind unserem Kenntnisstand zur Folge, nicht mitgeführt worden“ (1). Offensichtlich ist es mit dem Gedächtnis der Kameraden nicht weit her – oder sie halten Transparente mit der Aufschrift „Nationaler Sozialismus jetzt“ für unpolitisch (2). Zudem wäre es keinen Deut besser, wenn man sich tatsächlich „nur“ auf die Forderung nach „Todesstrafe für Kinderschänder“ beschränkt hätte. Fakten wie die fehlende Wirkung solcher Maßnahmen auf Triebtäter werden dabei standhaft ignoriert, ganz abgesehen davon, dass die mögliche Perspektive einer Gesellschaft, die sich anmaßt, Menschen ihr Existenzrecht abzuerkennen, keine besonders erfreuliche ist. Politisch weitaus wirksamer sind da schon eher platte Parolen, die Erschütterung und Wut in Rachsucht verwandeln und mit der Angst der Bevölkerung spielen.

Die massive Präsenz von Neonazis bei den Demonstrationen konnten auch die Medien auf lange Sicht nicht ignorieren. Nachdem Bürgerinitiativen und Antifa auf das Problem aufmerksam machten

und sich sogar die Eltern der Ermordeten von dieser Sorte „Anteilnahme“ distanzieren, trennte sich die Spreu vom Weizen. An einer weiteren Kundgebung am 1. September – ironischerweise ebenfalls zum Weltfriedenstag und zeitgleich zur Verleihung des Friedenspreises „LEIPZIG GEGEN KRIEG“ – nahmen etwa 280 Neonazis teil, die „Normalbürger\_innen“ blieben diesmal weitestgehend fern. Die öffentliche Thematisierung war bitter nötig, immerhin sind Repaczki und die *Freien Kräfte Leipzig* keine Unbekannten mehr und bisher nicht durch übermäßig menschenfreundliches Verhalten aufgefallen (siehe FA! #28/29). So musste sich Repaczki Mitte Juli, im Zusammen-



hang mit einem Überfall auf das *AJZ Bunte Platte* im letzten Jahr, vor Gericht verantworten. Er wurde beschuldigt, eine körperlich behinderte junge Frau als „genetischen Dreck“ beschimpft und geäußert zu haben: „So was wie euch hätte man früher ins KZ gesteckt.“ Am Ende wurde Repaczki freigesprochen, das Gericht sah es nicht als erwiesen an, dass tatsächlich er die betreffenden Äußerungen von sich gegeben hatte. Die Aussagen der Polizei und der Betroffenen seien widersprüchlich, zudem seien die Angreifer bei dem Überfall verummumt gewesen. Die Staatsanwaltschaft erklärte dagegen, durch seine Brille sei Repaczki zweifelsfrei zu identifizieren gewesen. Im November sollen er und weitere Mitglieder der Freien Kräfte wegen der bei dem Überfall begangenen Körperverletzung erneut vor Gericht stehen.

momo & nils

- (1) [http://de.altermedia.info/general/ganz-leipzig-trauert-um-michelle-260808-2\\_15837.html](http://de.altermedia.info/general/ganz-leipzig-trauert-um-michelle-260808-2_15837.html), alle Fehler im Original
- (2) Siehe: [http://de.altermedia.info/general/achtjahrige-michelle-ermordet-220808\\_15747.html](http://de.altermedia.info/general/achtjahrige-michelle-ermordet-220808_15747.html)

**Für Freiheit statt Angst**  
**AUFWARMPHASE - Demonstration in Leipzig**  
 So / 28.09. / ab 15:00 / Augustusplatz, Leipzig  
 gegen die Generalüberwachung der Menschen /  
 initiiert von Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung  
 beteiligt euch an Vorbereitung und Durchführung der Demonstration  
**AKTIONSBEREIT - weltweiter Aktionstag in Berlin**  
 Sa / 11.10. / 14:00 / Berlin, Alexanderplatz  
 gegen:  
 Überwachung, Vorratsdatenspeicherung, Videoüberwachung,  
 Einschränkung der Privatsphäre  
 für:  
 Freiheit, Demokratie, Recht auf private Kommunikation,  
 Meinungsfreiheit, eine gerechte und freie Gesellschaft  
<http://leipzig.vorratsdatenspeicherung.de>  
<http://www.freiheitstattangst.de>  
**Stoppt den Überwachungswahn!**

## DreiFarbenGold - SchnippSchnapp, Fahne ab

Wie schon 2006 zur Fussball-WM startete auch dieses Jahr pünktlich zum Auftaktspiel der EM 2008 die Aktion *DreiFarbenGold*. Gegen den Nationalismus und die politische Vereinnahmung des Sportes sollten möglichst viele der geflaggten Deutschlandfahnen ihres goldenen Streifens beraubt werden. Und die Viertel sich derart verwandeln, dass sie anstelle deutschen Schimmerschummelscheins in den schwarzroten Farben des Anarchismus leuchten. Dabei lieferten sich die einzelnen Aktivisten einen heißen Wettkampf um die begehrten Platzierungen. Am Ende setzte sich der amtierende Titelverteidiger erneut gegen alle Verfolger durch und gewann knapp in der Kategorie „Meiste Schnipsel“ mit 137 sachgemäß entfernten Goldstreifen. Alle Rekorde in der Kategorie „Großschnipsel“ wurden dagegen von einem Neuling gebrochen. Der Gewinnerschnipsel maß sage und schrei-



be 1x5m. Trotz der geringer ausgefallenen Gesamt-Ausbeute, die dem Umstand geschuldet war, dass für die meisten deutschtümelnden BürgerInnen offensichtlich doch ein Unterschied darin bestand, dass das große Fußballturnier diesmal nicht in Deutschland sondern in Österreich/Schweiz stattfand, waren hinterher alle zufrieden: Die Aktion hatte wieder sehr viel Spasz gemacht und dem Frust über die wehenden Fahnenmeere gut entgegengewirkt. Der Kritik, dass die ganze Aktion keinerlei politische Wirkung entfalte, hielt der Titelverteidiger der „Meisten Schnipsel“ entgegen: „Viel weniger als um politische Auswirkung, geht es bei der Aktion doch um eine selbstbewusste Gegenkultur, die einerseits Spasz machen soll und andererseits provoziert. Wer sich über den ganzen Deutsch-

landtaumel ärgert und dabei die Hände in den Schoss legt, dem kann ich nur dringend empfehlen, es mit der Aktion mal als Therapie-Ansatz zu versuchen.“ Bleibt schließlich zu hoffen, dass zum einen die Fußball-EM 2012 in Polen/Ukraine stattfinden kann und nicht doch interimweise in Deutschland veranstaltet werden muss; und zum anderen dass die Aktion *DreiFarbenGold* auch in Zukunft anlässlich der großen inter/nationalen Fussball-Turniere initiiert wird. Haltet die Augen auf und die Scheren bereit!

Kein Krieg, kein Gott, kein Vaterland!  
Gegen einen „ganz normalen“ Nationalismus in Deutschland!



(clov)

## Global Space Odyssee 2008

Am Samstag, 26. Juli, schallten dumpfe Bässe und gebrochene Beats durch Leipzigs Strassen. Bei schwüler Sonne folgten hunderte tanzende Menschen einigen dröhnenden LKW's vom Connewitzer Kreuz über die Karl-Liebknecht-Strasse zum Augustplatz und weiter zum Völkerschlachtdenkmal. Nach einem Jahr Pause fand wieder eine Global Space Odyssee (GSO) anlässlich des weltweiten Aktionstages für die Legalisierung von Cannabis statt. Diese Straßenparade oder musikalische Demonstration, hinter der verschiedene subkulturelle und politische Initiativen sowie Einzelne stehen, zog erstmals 2001 durch Leipzig. Dieses Jahr stand die Kulturpolitik der Stadt Leipzig im Mittelpunkt der Kritik, die 98% der Kulturförderung in so genann-

te Hochkultur wie Oper und Theater investiert. Außen vor bliebe die freie Kultur, die durch bürokratische Auflagen und eine Vermarktungslogik in ihrer freien Entfaltung behindert wird, so die VeranstalterInnen der GSO. Dass diese Politik dann auch noch vom Establishment als „Leipziger Freiheit“ gefeiert wird und im kulturellen Leitfaden Leipzig als Musikstadt für junge Leute beworben wird, war Anlass genug, auf der Strasse für eine selbstbestimmte Welt zu tanzen. Die diesjährige Route, die erstmals durch Reudnitz führte, ist als antifaschistische Aussage zu verstehen, gegen die vermehrten Naziaktivitäten im Leipziger Osten.

Die GSO steht außerdem für die Akzeptanz alternativer

Wohnkonzepte, wie etwa Wagenplätze; fordert Drogenaufklärungspolitik, anstatt einer Kriminalisierung von DrogennutzerInnen; stellt sich kritisch zur kapitalistischen Globalisierung und plädiert für freie Meinungsbildung durch freie Medien.

wanst



**Salon  
Surveillance #6**

**„Big Boss Is Watching You  
– Überwachung von  
ArbeitnehmerInnen“  
Marco Tullney**

Wie gehen Beschäftigte mit ihrer Arbeit unter Überwachung um? Welche Konflikte entstehen, und welche Möglichkeiten von Protest und Gegenwehr existieren?

**Mittwoch  
1. Oktober 2008  
19 Uhr**

**Horns Erben  
(Arndtstr. 33,  
Leipzig)**

## Datenschutz - Schutz vor Freiheit?

Ein Plädoyer zur Errichtung einer aufgeklärten Gesellschaft für bedrohte Daten

(...) Technisch möglich ist viel mehr als sich das die meisten von uns vorstellen können. Eine lückenlose, omnipräsente Überwachung von denkenden und handelnden Menschen ist nicht mehr nur das apokalyptische Horrorszenario aus einschlägigen Sci-Fi-Romanen, sondern rein technisch bereits machbar. Doch was können User tun um sich zu schützen? Welche Maßnahmen können schnell getroffen werden, um potentielle Schnüffler auf Irrwege im Datenschungel zu führen?

### Datenprostitution im WorldWideWatching-Betrieb

Zunächst ist es nicht damit getan, die Schuld der momentanen Datenschutz-Situation, die stark an ein Orwell'sches Bedrohungsszenario erinnert, institutionalisierten Daten-Jägern, schmerzfreien Internet-Betreibern und/oder erfahrungsarmen PolitikerInnen in die Schuhe zu schieben. Denn: selbst ist der/die UserIn. Manche nehmen diesen Grundsatz leider ein wenig zu ernst. Der Trend, seine Lebenshistorie inklusive noch so uninteressanter Details im Netz einer weltweiten Öffentlichkeit preiszugeben, die vermutlich nicht halb so stark an den Offenbarungen interessiert ist wie diverse Unternehmen, die aus ihnen Kapital schlagen wollen, äußert sich derzeit in diversen sozialen Netzwerken und Weblogs von Millionen SchülerInnen und StudentInnen. *StudiVZ*, das größte Online-Portal in Deutschland machte unlängst mit der Einführung der personalisierten Werbung Furore. Nur informierte *StudiVZ*-User setzten sich mit dieser Neuerung auseinander. Denn kaum ein Button wird schneller und nachlässiger betätigt als der der lästigen Allgemeinen Geschäfts- und Nutzungsbedingungen. Im Rahmen der neuen AGB wollte sich *StudiVZ* ursprünglich auch die Erlaubnis einholen, den Mitgliedern Werbung per SMS oder Instant Messenger zu schicken. Das Unternehmen kippte den Passus jedoch wegen zahlreicher Beschwerden. Auch der Bundesdatenschutzbeauftragte

Peter Schaar hatte das Vorgehen von *StudiVZ* scharf kritisiert. Danach verhandelten die Betreiber der Plattform mit dem Berliner Datenschutzbeauftragten Alexander Dix über datenschutzfreundlichere Regelungen. Die neue AGB veranlasste immerhin ein Prozent der User dazu, sich von der Plattform zu verabschieden. Dass selbst diese Entscheidung nicht immer in der Macht des Users steht, zeigt die Beschwerde eines ehemaligen Nutzers des sozialen Netzwerks *Facebook*, dem anglo-amerikanischen Äquivalent von *StudiVZ*. Demnach hatte der US-Betreiber persönliche Daten auch nach Deaktivierung seiner Mitgliedschaft gespeichert. Der Fall, mit dem sich mittlerweile der britische Datenschutzbeauftragte beschäftigt, zeigt: Es reicht nicht aus, das eigene Profil zu löschen, um bei der virtuellen Gemeinschaft nicht mehr gelistet zu werden. Zwar sind die eingegebenen Informationen für Dritte nicht mehr zugänglich, *Facebook* bewahrt sie aber weiterhin für den Fall, dass mensch eines Tages doch wieder einen Account dort eröffnen will. Frei nach dem hart-aber-herzlich-Motto des Eagle'schen Hotel Silicon Valley, äh, California: You can always enter but you can never leave. Schließlich ist mensch ja ein soziales Wesen und wird ggf. Schwierigkeiten haben ein Leben ohne seine 387 Freunde zu führen, und das beklemmende Gefühl bekommen, ein recht isoliertes Dasein zu fristen. Wer seine Spuren bei *Facebook* dennoch komplett verwischen will, muss sich laut dem Kundendienst der Plattform erneut einloggen und manuell jeglichen Inhalt seines Profils löschen.

### „Sag mir was du suchst und ich sag dir wer du bist“

Die virtuelle Selbstbestimmung, die bei Online-Portalen noch zumindest teilweise möglich ist, gehört bei Suchmaschinen bereits den Betreibern. Die Datenerhebungsmöglichkeiten von Suchmaschinen

sind schier unbegrenzt und in der Lage, Nutzerprofile in einer Komplexität zu erstellen, dass die Staatssicherheit der DDR nicht nur vor Neid erblassen würde, sondern auch geradezu lächerlich dagegen erscheint.

In den so genannten Logfiles der Suchmaschinen werden bei jeder Suche und bei jedem Klick Datum, Uhrzeit, besuchte Website, Suchwörter, aber auch spezielle Accountinformationen wie Browsertyp, Version, Betriebssystem, Sprache und IP-Adresse sichergestellt. Vor allem bei längerfristiger Nutzungsdauer kristallisiert sich hier das Abbild eines gläsernen Bür-



gers heraus. Privatsphäre und Anonymität im Internet sind die Wunschvorstellungen diverser Datenschützer, real aber nicht gegeben. Ein Beispiel: Die *New York Times*, die diesem Thema schon seit Jahren ganze Themen-Reihen widmet, machte den Nutzer hinter der User-ID 4417749 anhand der gestellten Suchanfragen ausfindig. Es handelte sich dabei um die 62-jährige Thelma Arnold aus Lilburn im Bundesstaat Georgia. Darunter befanden sich Suchanfragen wie „numb fingers“, „dog that urinates on everything“, „60 single men“, „landscapers in Lilburn, Ga“ und Suchen nach Personen mit dem Nachnamen „Arnold“. Als Ms. Arnold von der Veröffentlichung ihrer Suchergebnisse erfuhr, reagierte sie empört, sagte: „We all have a right to privacy“ und verkündete, auf die Dienstleistungen ihres Anbieters AOL künftig zu verzichten. Die *NYT* wählte bei ihrem Test bewusst eine Person mit harmlosem Such-

profil. Denn die Suchanfragen offenbaren in der Regel intime Details wie persönliche Sorgen, gesundheitliche Probleme, sexuelle Vorlieben und politische Ansichten, und die sind nicht immer so lustig wie die von Ms. Arnold. Manche Netzrecherchen offenbaren nicht nur Lebensgeschichten, sondern auch menschliche Abgründe, wie die Häufung von Suchanfragen wie „child porn“ und „how to kill your wife“ ergab. Ergebnisse wie diese rufen Kriminalfahnder auf den Plan, denn Vorhersagen von Straftaten anhand von Suchmaschinenanalysen lassen eine Diskussion über die gesetzliche Transparenz von Suchmaschinenbetreibern in unmittelbare Nähe rücken. Scotland Yard hat seine Pläne diesbezüglich bereits vorgestellt. Danach sollen britische Polizeipsychologen eine Datenbank mit möglichen Tätern anhand ihrer psychologischen Profile erstellen, und zwar bevor sie die Verbrechern begehen. Um diese Präventionsmaßnahme umsetzen zu können, wird eine Klassifizierung der Bürger nach Bedrohungspotentialen angestrebt. Impliziert wird hier stillschweigend die Profilbildung und Bespitzelung von Millionen (noch) unschuldigen BürgerInnen.

Mit dem exzessiv betriebenen Profiling können aber nicht nur User ausspioniert werden, sondern auch eine nicht unerhebliche Menge Kapital herausgeschlagen werden. Wer wie *Google* seine Nutzerdaten inklusive Suchanfragen 18 Monate lang speichert und gleichzeitig 99% seines Einkommens mit Werbung erzielt, kann seinen Profit erheblich steigern, wenn er seine Werbung auf bestimmte Zielgruppen abstimmen oder noch besser die User mit personalisierter Werbung bombardieren kann. Ein kommerzieller und politischer Wert detaillierter Profile ist offensichtlich. Wir stehen nicht nur einem neuen Werbezeitalter bevor, wo Massenwerbung Schnee von gestern sein wird, sondern werden auch immer mehr mit der Tatsache konfrontiert, dass Wissen nicht, wie in der Utopie diverser Netzideologen, ein neutral zugängliches Menschenrecht ist, das von einem kauzigen, nur an Ordnungsverfahren interessierten Bibliothekar gehütet wird. Vielmehr ist der Zugang von Wissen mehr denn je an bestimmte Para-

meter geknüpft. Soll heißen, wer wissen will muss preisgeben. Wer trotzdem nicht offline gehen möchte, sollte seine Suchmaschinen möglichst oft wechseln, um zu große Datenkonzentrationen in einer Hand zu verhindern. Dazu muss der Browser so eingestellt werden, dass er beispielsweise von *Google*, die eine besonders lange Cookie-Laufzeit haben keine Cookies annimmt. Eine andere Alternative ist es, diese Datenkrümel regelmäßig manuell zu löschen.

## Der Traum der Datenbohrinsel

Bemühungen, den Datenschutz gesetzlich zu verankern, gibt es nicht erst seit der Erfindung des Internets. Heutzutage ist die Vielzahl der existierenden Datenschutzgesetze für Laien unüberschaubar. Grundsätzlich orientieren sich diese Beschlüsse aber an dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) von 1977. Der 1983 im Volkszählungsurteil geforderte „Schutz des Einzelnen gegen unbegrenzte Erhebung, Speicherung, Verwendung und Weitergabe seiner persönlichen Daten“, der festlegt, dass die Sammlung von nicht anonymisierten Daten zu bestimmten und unbestimmten Zwecken nicht mit dem Grundgesetz vereinbar ist, scheint für Mediennutzer so utopisch wie für diverse Politiker irrelevant zu sein. Sonst wäre wohl kaum zu erklären, dass Bundesjustizministerin B. Zypries die sechsmonatige Vorratsdatenspeicherung von Telekommunikations-Verbindungsdaten auf den Weg bringen konnte. In diesem Zusammenhang wundert es auch nicht, wenn die Justizministerin den Vorstoß der Grünen, den Datenschutz im Grundgesetz zu verankern, als Symbolpolitik bezeichnet.

Die Grundrechte, also die hoch gepriesenen Grundfeste unserer Demokratie werden durch eine Politik der Ignoranz von einem solchen Ausmaß obsolet. Statt zu regulieren wird der Datenhunger von Internet-Unternehmen weitgehend ausgeblendet, der aktuelle deutsche Datenschutz kann hier strukturell wenig bewegen. Hier bedarf es einer weitreichenden Reform, bei der die betroffenen Nutzer substantielle Rechte sowie Schadensersatzansprüche erhalten. Der

*Chaos Computer Club* hat dazu eine Liste von Forderungen aufgestellt, die mit in die derzeitige Diskussion um die Modernisierung des Datenschutzes einfließt.

Vorschläge, wie mensch mit der aktuellen Datenschutz-Situation umgehen könnte, purzeln derweil von allen Seiten. Welche bizarren Vorschläge dabei gut gemeinten Absichten entspringen können, zeigt die Diskussion um die Konsequenzen aus der Telekom-Affäre für die Vorratsdatenspeicherung von Telekommunikations- und Internet-Verbindungsdaten.

Der Vorsitzende des *Bundes Deutscher Kriminalbeamter*, Klaus Jansen, beispielsweise fordert im Sinne Schäubles, eine zentrale Speicherung der Verbindungsdaten. Sämtliche Verbindungsdaten sollten seiner Meinung nach in einem Sicherheits-Center unter Aufsicht von Datenschützern hinterlegt werden. „Die *Telekom*-Affäre ist eine Riesenchance für den Datenschutz, die wir nutzen müssen. Es ist doch offensichtlich, dass sensible Kundendaten bei privaten Unternehmen mehr als schlecht aufgehoben sind“, so Jansen. Auf welche eingeschränkte Form von Datenschutz er damit anspielt, wird spätestens deutlich wenn der Kriminalbeamte ausführt, wer in letzter Instanz darauf Zugriff haben soll. Nämlich sowohl Unternehmen, die die Daten zu Abrechnungszwecken abrufen können, als auch der Staat, der unter strenger Kontrolle zur Strafverfolgung eine Zugriffsberechtigung erhalten soll.

Die Pläne von Bundesinnenminister Schäuble zum Aufbau einer Bundesabhörzentrale, die nicht zuletzt auch staatliche Lauschangriffe koordiniert, gehen dabei deutlich weiter und sollen mittelfristig zu einer Art Technikdienstleister nach Vorbild der US-amerikanischen *National Security Agency* (NSA) oder des britischen *Government Communications Headquarters* (GCHQ) ausgebaut werden. Bei beiden Einrichtungen handelt es sich um gestandene Geheimdienste, die sich u.a. dem Knacken verschlüsselter Kommunikation widmen. Die NSA steht dabei seit Längerem als Mittelpunkt eines umfangreichen Beschnüffelungsprogramms der US-Regierung im Zentrum der Kritik. Nichtsdestotrotz hat die SPD offenbar keine Be-

denken, Schäubles Pläne zum Aufbau einer Bundesabhörsentrale mitzutragen. Dieter Wiefelspütz, innenpolitischer Sprecher der SPD, sagte unlängst, er halte ein gemeinsames Abhör-Kompetenzzentrum für dringend erforderlich, weil Polizei wie Geheimdienste „technisch endlich auf die Höhe der Zeit kommen“ müssten. Das Trennungsgebot von Polizei und Geheimdiensten müsse in einem solchen Zentrum „selbstverständlich“ eingehalten werden, obwohl er zugab, die Schäuble'schen Planungsskizzen noch nicht zu kennen. Die sieht eine explizite Trennung zunächst nicht vor. Denn Schäuble will auch die Fernmeldeaufklärung des Bundesnachrichtendienstes (BND) aus dem deutschen Auslandsgeheimdienst herauslösen und in die neue Abhörbehörde integrieren, die zunächst beim Bundesverwaltungsamt in Köln angesiedelt werden soll. Es gehe ihm darum „inländische Telekommunikationsüberwachung mit der internationalen Telekommunikationsüberwachung“ zu verbinden. Lokal schalten, global walten heißt die Devise und die gilt nicht zuletzt auch für die Onlinedurchsuchung.

## Neues von der bayrischen Datenautobahn-Polizei

Ab 1. August diesen Jahres soll die Polizei in Bayern heimliche Online-Durchsuchungen zur Terrorabwehr sowie zur Verhinderung schwerwiegender Straftaten durchführen können und dafür auch heimlich in die Wohnungen Verdächtiger eindringen dürfen. Diese heftig umstrittene Änderung des Polizeiaufgabengesetzes beschloss kürzlich mehrheitlich der Innenausschuss des bayerischen Landtags. Im Rahmen einer Online-Razzia sollen die Sicherheitsbehörden auch Daten etwa auf Festplatten löschen oder verändern dürfen, wenn Gefahr für höchste Rechtsgüter besteht. Als Beispiele werden detaillierte Beschreibungen von Anschlagzielen oder Bombenbau-Anleitungen genannt. Bei Gefahr in Verzug soll generell für verdeckte Online-Durchsuchungen und „notwendige Begleitmaßnahmen“ wie das Eindringen in Wohnungen eine richterliche Anordnung nicht sofort erforderlich sein.



Beide Maßnahmen, also Online-Durchsuchung und die Durchsuchung privater Räumlichkeiten, werden von Schäuble und den Vertretern des Bundeskriminalamtes gerne miteinander verglichen. Ignoriert wird hier aber der grundlegende Unterschied, dass Wohnungsdurchsuchungen offene Maßnahmen sind, während Online-Durchsuchungen verdeckte Maßnahmen bleiben. Neben der Online-Durchsuchung erlaubt das neue BKA-Gesetz dem Bundeskriminalamt auch den Zugriff auf die von den Providern laut einem Bundesgesetz verdachtslos sechs Monate auf Vorrat zu speichernden Verbindungs- und Standort-Daten, wenn es z.B. um die Abwehr von Terroranschlägen geht. Dies war bisher Aufgabe der Landespolizeien. Damit werden dem BKA, das bisher nur eine koordinierende Funktion hatte, exekutive Vollmachten übertragen - ein weiterer Schritt fort von einer föderal strukturierten hin zu einer zentral geleiteten Polizei. Auch das Trennungsgebot wird aufgeweicht, denn das BKA ist zwar eine Polizeibehörde, war aber faktisch stets mit geheimdienstlichen Aufgaben betraut.

Tipp: Wer hier die fragwürdigen Aktivitäten des Bundestrojaners auf seinem Computer fürchtet, dem sei empfohlen auf Anonymisierungsdienste (siehe Seite 28/29) auszuweichen und sich genau zu überlegen, wem mensch seine Daten für welchen Zweck gibt.

## Terrorgefahr Versicherungsbetrug

Maßnahmen wie die Online-Durchsuchung, kleiner und großer Lauschangriff, Kamera-Überwachung im öffentlichen Raum, Vorratsdatenspeicherung etc. zielen auf die präventive Abwendung vor Gefahr speziell durch terroristische Einzeltäter und Vereinigungen hin. Doch wer oder was ist ein Terrorist?

Für die USA, postwendend seit 9/11, mit Sicherheit jeder Muslim der einmal Flugunterricht genommen hat. Potentielle Terroristen legitimieren den Staat, sie zu überwachen und zu profilieren. Die Anwendung einer technisch gesehen immer lückenloseren Überwachung hängt allein davon ab, wer und was einen potentiellen Feind definiert. Feinde tragen nicht immer Sprengstoffgürtel, wie sich an Versicherungen deutlich machen lässt: Versicherungsbetrüger, Zuviel-Esser, Raucher und Autofahrer werden als potentielles finanzielles Risiko eingestuft. Daten über das Fahr-, Eß- und Freizeitverhalten sind für Versicherungen daher in der Regel von großem Interesse, um Kunden entsprechend ihren Gewohnheiten einzustufen und ggf. ablehnen zu können. Das neue Pay-as-you-drive-System der Firma *Planung Transport Verkehr AG* (PTV) beispielsweise zeichnet automatisch ohne Zeitverzögerung die Fahrroute und das Fahrverhalten des Fahrers auf und vermittelt diese Daten an die Versicherung. Damit sollen, nach offizieller Verlautbarung der Betreiberfirma, umsichtige Fahrer niedrigere Versicherungsprämien zahlen als andere.

## Die Mär von der Freiheit schaffenden Sicherheit

Besteht in Anbetracht dieser düsteren Zustände überhaupt noch Hoffnung? Die Antwort muss lauten: Ja, definitiv. Nicht nur weil die Hoffnung zuletzt stirbt und am besten nie, sondern weil wir alle, solange wir uns nicht als isolierte Androide oder einsame Wölfe, sondern als Teil einer lokalen/regionalen/globalen Gesellschaft betrachten, eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung tragen. Das bedeutet, dass es auch beim Thema Datenschutz nicht nur um persönliche Ambitionen gehen kann und darum, seine eigene Privatsphäre vor den Tentakeln eines Kontrollstaates zu schützen.

In einer Gesellschaft, in der die gesellschaftliche Konformität des Handelns überwacht wird, kann die Fähigkeit zum eigenen ethischen Handeln schnell verkümmern. Ein psychologisches Phänomen, das auch oft bei verwöhnten und

überbemutterten Kindern auftaucht: Wenn jemand anderes darüber urteilt, welche Werte gut und schlecht sind, ohne dabei die eigenen Entscheidungskapazitäten des Kindes zu fördern, wird dieses später Schwierigkeiten haben, eigenständig zu entscheiden und Werturteile zu fällen. Wenn Handlungen gegenüber Werten in Form von Normen vorgegeben sind und alternative Wertebehandlungen als störend, unsicher und allgemein verwerflich gelten, wird diese Form von Denken gesellschaftlich tendenziell weniger bis gar nicht mehr gepflegt werden. Der Zwang zur Konformität kann sich nicht zuletzt auch auf die Identitätsbildung einzelner Menschen auswirken. Auch hier haben wir es mit einer psychologischen Erscheinung zu tun. Bei Dauerüberwachung und sozialer Auslese durch Profiling kann durchaus der Eindruck erweckt werden, dass Konformität, der Gleichklang mit dem Rest der Bevölkerung das A und O einer funktionierenden Gesellschaft ist, und dass im Umkehrschluss Grenzüberschreitungen das Risiko in sich bergen nicht nur die eigene Sicherheit, sondern auch die der Anderen und damit die Freiheit aller aufs Spiel zu setzen. Wenn geistige und faktische Non-Konformität aber zum Risikofaktor wird, besteht die Gefahr, dass

soziale Normen zu unumstößlichen gesellschaftlichen Parametern mutieren, die sich nur schwer ändern lassen und keinen Freiraum mehr für alternative Nischen bieten. Eine Überwachungsgesellschaft produziert ein starres Gesellschaftssystem, das Änderungen in jedwede Richtung zu verhindern sucht.

Am Ende des gedachten Kontinuums befindet sich ein totalitärer Überwachungsstaat, der jeden seiner Bürger als potentiell Gefahr bringend einstuft und sich von seiner Bevölkerung isoliert.

Natürlich lässt sich hier einwenden, dass zwischen totalitären Dystopien und dem gegenwärtigen demokratischen Rechtsstaat unterschieden werden muss. Nur gibt es eben auf technisch-infrastruktureller Ebene keinen Unterschied mehr. Was heute auf der Basis unserer demokratischen Grundrechte gebaut und entworfen wird, lässt sich morgen bereits totalitär nutzen. Was würde beispielsweise passieren, wenn Machthaber potentielle Feinde innerhalb von Sekunden anhand von Profildaten verdächtigen können, die vermutlichen BedroherInnen durch ihren Handy-Peilsender lokalisiert werden können und einer blitzschnellen Verhaftung nicht mehr viel im Wege steht? Sich auszumalen wie ein diktatorischer Machthaber wie Hitler

damit umgegangen wäre, wenn er Informationen über das Internetverhalten einzelner Personen gehabt hätte, darüber welche Produkte einzelne Bürger kaufen und was sie in ihrer Freizeit unternehmen, erscheint eine für die Vergegenwärtigung der derzeitigen Lage durchaus legitime Überlegung. Der *Chaos Computer Club* kommt aufgrund dieser Überlegung zu dem folgerichtigen Schluss: Jeder demokratische Rechtsstaat, der die Gefahr von totalitären Strukturen als historisches Faktum anerkennt, muss einer Überwachungsstruktur entgegen treten. Das müsste zumindest theoretisch Common Sense sein. Doch die klassische Kosten-Nutzen-Erwägung der breiten Masse und ihr aktueller Status Quo lautet: Ein bisschen weniger Privatheit für mehr Sicherheit. Doch ein bisschen weniger Privatheit ist aus technischer Warte identisch mit keiner Privatheit. Freiheit und Überwachung sind daher keine, wie von Sicherheitsverliebten PolitikerInnen gerne postuliert, sich bedingenden Zustände, sondern diametrale Gegensätze. Denn Überwachung gewährleistet nicht Sicherheit, sondern schürt Angst vor Freiheit.

akira

## 30 Jahre und ein bisschen müde



30 Jahre alt ist der deutsche Datenschutz dieses Jahr geworden – in Schleswig-Holstein und auf Bundesebene. Der Leiter des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz (ULD) Schleswig-Holstein und Landesbeauftragte für den Datenschutz Thilo Weichert nutzte das Jubiläum für ein vorläufiges Fazit. Dieses fiel so aus, wie man es hätte erwarten können: In Schleswig-Holstein läuft es super, auf Bundesebene nicht.

### Das Dilemma des Datenschutzes

So hielte, „obwohl das Bundesverfassungsgericht (...) festgestellt hat, dass das heimliche Ausspionieren von privaten PCs nur unter engen Voraussetzungen zulässig ist“, die Bundesregierung an ihren Plänen fest. Ebenso habe das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zum KFZ-Kennzeichen-Scanning „unmissverständlich seine langjährige Rechtsprechung bestätigt“ – die anlasslose automatische Erfassung von Autokennzeichen sei verfassungswidrig. Auch die Vorratsdatenspeicherung sei vom Verfassungsgericht teilweise gestoppt worden. Dennoch hielte „die Bundesregierung trotzig und ohne Einsicht zu zeigen“ an der Umsetzung des Gesetzes fest. Und: „Sie setzt noch eins drauf, indem sie die Umsetzung eines EU-Rahmenbeschlusses weitertreibt, wonach

die Passagierdaten von sämtlichen Flügen in die und aus der EU 13 Jahre lang für polizeiliche Zwecke gespeichert werden sollen.“ Dadurch würde das Vertrauen der Bevölkerung in die Sicherheitsbehörden gefährdet.

Nun ist ein gewisses Misstrauen den Behörden gegenüber wohl ohnehin nicht verkehrt. Es sei denn, man lebt in Schleswig-Holstein. Dort steht nämlich (fast) alles zum Besten, wenn man Weichert glauben will. Die Landesregierung habe zum Beispiel „signalisiert, dass sie die Rechtsprechung des Verfassungsgerichts zum KFZ-Kennzeichen-Scanning respektiert.“ Auch trage sie „die Regelungen des modernen Landesdatenschutzgesetzes Schleswig-Holstein (...) und deren Umsetzung voll und ganz mit“

und unterstütze das ULD „bei seinen Bestrebungen zur Weiterentwicklung des präventiven Datenschutzes“.

Dass es sich Herr Weichert mit seinen Arbeitgebern nicht verderben will, ist verständlich, ebenso wie sein Bedürfnis, die Erfolge der eigenen Arbeit herauszustellen. Dennoch zeigt seine Rede exemplarisch die Klemme, in der der Datenschutz steckt.

## Legal, illegal... egal

Denn der Maßstab, an der sich die Arbeit der Datenschützer ausrichtet, ist nun mal das Gesetz. Kritik an neuen Überwachungsmaßnahmen ist so nur möglich, wenn diese gegen bestehendes Recht verstoßen. Das kommt oft genug vor: Neue Überwachungsmaßnahmen einzuführen, für die erst noch die rechtlichen Grundlagen geschaffen werden müssen, ist eine gängige Praxis der Behörden. So lief es etwa bei den Online-Durchsuchungen: Die wurden schon seit Ende 2005, also noch in der Amtszeit des früheren Innenministers Otto Schily praktiziert (und durch eine Dienstvorschrift des Bundesinnenministeriums ausdrücklich empfohlen). In einem Urteil vom April 2007 stellte der Bundesgerichtshof schließlich fest, dass diese Praxis rechtswidrig sei. Die Folgen sind bekannt: Derzeit bemüht sich Schilys Amtsnachfolger Schäuble eifrig (und mit Erfolg) um die Schaffung rechtlicher Grundlagen für die Online-Durchsuchungen.

In so einem Fall – wenn nicht etwa die Überwachungsmaßnahmen dem geltenden Recht angepasst werden, sondern das Recht den Überwachungsmaßnahmen – läuft der datenschützerische Protest ins Leere. Mehr noch: Die Datenschützer selbst tragen gezwungenermaßen zur Legalisierung neuer Überwachungsmaßnahmen bei, wenn sie illegale Praktiken der Behörden kritisieren.

Die ständige Berufung auf das Bundesverfassungsgericht als letzte Bastion der Rechtsstaatlichkeit ist ein Symptom für diese Hilflosigkeit. Auch wenn Datenschützer und Bürgerrechtler dessen Urteile zur automatischen Erfassung von KFZ-Kennzeichen und zur Vorratsdatenspei-

cherung als grundlegende Erfolge feiern, zeigt ein nüchterner Blick, dass dem nicht so ist. Das Gericht ist weit entfernt davon, diese Überwachungsmaßnahmen zu stoppen – es fordert nur klare Richtlinien für deren Anwendung. Eine generelle, verdachtsunabhängige Bespitzelung unschuldiger Bürger soll ausgeschlossen werden. Dass diese Urteile größere Konsequenzen für die Arbeit der Behörden haben werden, kann man bezweifeln. Denn ob mit klaren Vorgaben oder ohne werden sich die Beamten nur in Ausnahmefällen dafür interessieren, was der „unbescholtene Bürger“ so treibt – die Frage ist nur, wo die Grenze zwischen „unbescholten“ und „schuldig“ verläuft und wer diese festlegt.

## Die üblichen Verdächtigen

Auch das ist ein Problem des institutionellen Datenschutzes: Zur Debatte stehen für diesen nur die Mittel, nicht die Zwecke staatlichen Handelns. Dass Kriminalität bekämpft werden muss, gilt als unhinterfragbare Tatsache – lediglich über die Zweck- und Verhältnismäßigkeit der dafür zum Einsatz kommenden Mittel kann diskutiert werden. Nur ist „Kriminalität“ keine feststehende Größe, sondern Ergebnis einer von vielfältigen Interessen motivierten Einteilung menschlichen Handelns in unerwünschte und erwünschte, „illegale“ und „legale“ Handlungen. Wenn mensch nicht nur in nostalgischer Manier den Gesetzen von heute die Gesetze von gestern entgegenstellen will, kommt man nicht um die Frage herum, welche Ziele hinter dieser vom Staat vorgenommenen Einteilung stehen.

Dies können die Datenschützer nicht leisten, sie sind durch ihr Amt an den Rechtsstaat gebunden und

können diesen Rahmen nicht überschreiten. Problematischer ist noch, dass sie diesen Rahmen auch nicht überschreiten wollen. So ist es zumindest zu interpretieren, wenn Weichert beklagt, dass das „Vertrauen der Bevölkerung in die Sicherheitsbehörden“ durch immer mehr Überwachung gefährdet würde. Hier müsste eine außerparlamentarische Bewegung in die Bresche springen – einen „Beauftragten für Gesellschaftskritik“ wird es in absehbarer Zeit aus offensichtlichen Gründen nicht geben.

Trotz dieser Beschränktheit des institutionellen Datenschutzes sollen aber auch die positiven Aspekte nicht verschwiegen werden. Immerhin kann der Datenschutz dazu beitragen, den Forderungen nach immer neuen Überwachungsmaßnahmen die diskursive Oberherrschaft streitig zu machen. Zudem sind zwar Polizei und Geheimdienste formal dem Recht unterworfen, Gesetzesverstöße sind dabei aber schon einkalkuliert. Seien es nicht genehmigte Abhörmaßnahmen oder unbegründete Polizeiübergriffe bei Demonstrationen – der Rechtsbruch, das willkürliche Außerkraftsetzen der Regelungen, an die die ausführenden Organe des Rechtsstaates angeblich gebunden sind, ist die Voraussetzung dafür, dass diese ihre Funktion wirklich ausüben können. Eine Kontrollinstanz, die vehement auf die Einhaltung der Gesetze pocht, kann solche „Auswüchse“ vielleicht nicht verhindern. Aber sie kann den Verantwortlichen immerhin gelegentlich auf die Nerven gehen. In Anbetracht der derzeitigen Kräfteverhältnisse kann man dafür schon dankbar sein.

Justus



## Alles Pop oder was?

### Play

„Pop“ oder „Popkultur“ sind allgegenwärtig und wie immer, wenn jeder ein Wörtchen mitreden will, weiss am Ende keiner mehr genau, worum es geht. Da wird einmal von „Pop“ als Musikstil geredet, dessen populärer Charakter von einigen wesentlichen Elementen abhängt: eingängige Melodie, saubere Produktion, ein bestimmter Aufbau (Strophe, Refrain, Strophe, Refrain...).

Zum anderen gibt es Pop als „Popkultur“. Die lässt sich zum einen gegen die „Hochkultur“ abgrenzen: Popkultur erhebt nicht den Anspruch, Kunst zu sein, sie beruht auf industrieller Massenproduktion und soll entsprechend massenhaft konsumiert werden können. Popkultur wird auch als „Jugendkultur“ verstanden, als expressive Alltagskultur verschiedener Gruppen, die sich durch bestimmte Codes voneinander abgrenzen. Diese Codes umfassen Musik und Kleidung, Embleme ebenso wie bestimmte Wertvorstellungen. In der Kultursoziologie wird dies auch als *Bricolage* bezeichnet: Vorgefundene Bruchstücke der Kultur werden angeeignet und neu zusammengefügt – so etwa Irokesenfrisuren und Sicherheitsnadeln im Punk oder die Kleidung der britischen *working class* durch die Skinheads Ende der 60er. Die so entstehenden Codes markieren auch einen gemeinsamen Lebensstil. Subkulturen sind bei ihrer Entstehung an einen bestimmten sozialen Kontext gebunden. So markiert die Aneignung der Kleidung der britischen Arbeiterklasse durch die Skinheads eine Verbundenheit zu diesem Milieu, ebenso wie z.B. die Entwicklung des Reggae wesentlich von der damit verbundenen Party- und DJ-Kultur der jamaikanischen Soundsystems geprägt war. Auch gegen diese Subkulturen lässt sich die Popkultur abgrenzen. Die Grenzen sind hier fließend, denn zugleich erhält sie von dort neue Impulse. Zu „Pop“ werden die Subkulturen, indem sie von ihrem ursprünglichen Kontext gelöst und einem Massenpublikum zugänglich gemacht werden. Die Triebkraft dabei ist der Markt, der die Subkulturen den Bedingungen der Massenproduktion unterwirft (wobei hier

nicht der Mythos einer „verlorenen ursprünglichen Unschuld“ bedient werden soll).

Dies setzt einen widersprüchlichen Prozess in Gang: Zwar werden die „Kultur-güter“ der jeweiligen Subkultur zu Massenprodukten, sie bewahren aber einen Teil ihrer Funktion der Abgrenzung nach außen. Dies entspricht einer allgemeinen Tendenz der Marktwirtschaft, zum einen Kaufanreize durch eine behauptete „Exklusivität“ des jeweiligen Produktes zu schaffen, zum andern aber das Produkt möglichst oft verkaufen zu wollen, wodurch eben diese Exklusivität wieder untergraben wird. Dies führt zu einer ständigen Ausdifferenzierung des gesamten kulturellen Feldes.

### Rewind

Da die Popkultur so allgegenwärtig ist, kam auch die Linke nicht um die Frage herum, was denn davon zu halten sei. Die Traditionsmarxisten, für die die Ökonomie das A und O war, konnten es sich einfach machen – sie interessierten sich eh nicht für den kulturellen „Überbau“. Falls doch, wurde die Popkultur nur als Ausdruck bürgerlicher Ideologie gesehen, als Mittel, um das Proletariat zu manipulieren und ruhig zu stellen. Dieser Sicht liegt freilich nicht nur ein verkürztes Verständnis von Ideologie zugrunde, wonach alle kulturellen Erscheinungen sich unmittelbar auf ökonomische Interessen zurückführen lassen. Der Begriff der „Manipulation“ unterstellt auch ein weitgehend passives Publikum, das alles, was ihm angeboten wird, widerspruchslos schluckt. Die Ende der 60er entstehende Neue Linke dagegen erhielt ihre besondere Form gerade durch die Verbindung von Protestbewegung und Popkultur (siehe S. 20). Zwei Strategien der politischen Praxis auf dem Feld der Kultur bildeten sich dabei heraus: Gegenkultur und Subversion. Eigene Parallelstrukturen sollten aufgebaut und dann von diesen aus das „Establishment“ unterwandert werden. Auf breiterer Basis wurden diese Strategien aber erst ab Ende der 70er angewendet. Während vorher nur ein paar Bands wie

*Ton, Steine, Scherben* ihre Platten selbst veröffentlichten, wurde das DIY-*(Do-It-Yourself)* Modell mit dem Punk zu einer allgemeinen Praxis (siehe Seite 23).

Mit dem Anfang der 80er in Großbritannien aufkommenden „New Pop“, dessen Protagonist\_innen zu einem guten Teil durch den Punk sozialisiert worden waren, nahm auch die geplante subversive Unterwanderung des Mainstreams konkretere Formen an. Vor allem die hergebrachten Geschlechterrollen wurden in Frage gestellt. Zu keiner Zeit hatten so viele offen homosexuelle Künstler\_innen im Popbusiness Erfolge gefeiert – seien es nun die *Village People* (die sich musikalisch auf die schon in ihren Anfängen stark von Homosexuellen geprägte Discoszene bezogen), *Frankie Goes To Hollywood*, *Bronski Beat* oder die *Pet Shop Boys*. Und auch Heterobands wie *Duran Duran* sahen mit hochtoupiereten Haaren und Make-up reichlich feminin aus. Auf der anderen Seite standen Künstlerinnen wie Grace Jones mit ihrer androgynen Ausstrahlung, und Madonna. Der „neue Pop“ war auch eine Gegenbewegung zum Punk, dem aggressiven, mackerhaften Auftreten der Punks wurde ein sauberes, „weiches“ Image entgegengestellt, der behaupteten Authentizität des Rock ein bewusstes Spiel mit Image und Selbststilisierung.

Vor diesem Hintergrund von Punk und neuem Pop entstand in Deutschland eine Poplinke, die diese Vorgänge journalistisch begleitete. Mit theoretischen Bezügen zu Poststrukturalisten wie Foucault, Baudrillard und Derrida wurde versucht, in den Popdiskurs zu intervenieren. Pop wurde als Mittel begriffen, um in die Gesellschaft hineinzuwirken, Inhalte zu transportieren, wobei gerade der Warencharakter von Pop als Vorteil angesehen wurde, da über diesen ein breites Publikum erreicht werden konnte.

### Stop

Heute lässt sich die Linke nicht mehr so gern auf die Popkultur ein. Die Poplinke ist zum Großteil den Bach runter gegangen, das einstige Zentralorgan *Spex* verliert immer mehr Profil, ehemalige

Protagonisten suchen sich andere Betätigungsfelder. Auch hier in Leipzig lässt sich diese Distanzierung beobachten.

„Das Terrain, in dem wir als *Conne Island* stehen, ist verloren, das wissen wir selber“, lautete es etwa im Jahre 2003 vom CI-Plenum (1). Das Zitat stammt aus der Auseinandersetzung um die Band *Mia*, die kurz zuvor mit „Was es ist“ eine Loblied auf Deutschland verfasst hatte. Der Auftritt im *Conne Island* wurde folgerichtig abgesagt. Aber was ist gemeint, wenn es heißt, man hätte „das Terrain verloren?“ Warum wundert man sich darüber, wenn sich falsches Bewusstsein auch im Pop Gehör verschafft? Scheinbar hat mensch tatsächlich mal an die grenzüberschreitende, internationalistische Dimension von Popmusik geglaubt.

Mit der ist es momentan tatsächlich nicht weit her. In Zeiten sinkender Verkäufe bedient die Musikindustrie lieber ein fest umrissenes Marktsegment und liefert den naiven Mittelstandskids etwas, womit sie sich identifizieren können: deutsche Wertarbeit. Dabei ist es durchaus nicht so, dass der internationalistische Charakter des Pop reine Illusion wäre. Gerade ihre Warenförmigkeit verleiht der Popkultur einen universellen Charakter – sie soll sich verkaufen, und zwar an möglichst viele Menschen. Aber auch dies wird dem Pop zum

Vorwurf gemacht – meist mit Rückgriff auf Adornos „Kulturindustrie“ – Kapitel in der „Dialektik der Aufklärung“. Popkultur bleibe letztlich in der Warenform gefangen, die alle noch so kritischen Inhalte ihrer Substanz beraube.

Das mag so sein. Nur: Warum sollen, wenn sich Pop wirklich restlos auf die Warenform redu-

zieren ließe, nicht auch *Mia* im *Conne Island* spielen? Warum nicht der Aggro-Berlin-Knallkopf *Bushido* oder gar die Naziband *Landser*? Genauer: Wenn die Kulturindustrie kritische, emanzipato-

rische Inhalte zur beliebig austauschbaren Chiffre macht, warum gilt das nicht auch für andere Inhalte, also etwa den homophoben, sexistischen und sonstigen Quark, den *Bushido* absondert?

Man kommt also nicht um die Einsicht herum, dass es – bei aller Gleichheit in der Warenform – im Pop dennoch inhaltliche Unterschiede gibt und dass diese eine Rolle spielen. Es mag der Plattenfirma egal sein, ob nun *Bushido* auf Platz 1 der Hitparade steht oder eine feministische Band wie *Le Tigre*. Das heisst nicht, dass man das Feld der Popkultur umstandslos dem „Gegner“ überlassen sollte. Natürlich ist „Pop“ genauso Teil des kapitalistischen Systems wie die restliche Gesellschaft auch. Aber gerade das ist ein Argument dafür, das Projekt „Pop“ nicht voreilig über Bord zu werfen: Wenn es ohnehin kein „Außen“ gibt, keinen Bereich der Gesellschaft, der nicht der kapitalistischen Logik unterworfen wäre, dann muss man zur Überwindung der herrschenden Zustände eben auf das zurückgreifen, was diese Gesellschaft anbietet und versuchen, es im eigenen Sinne zu nutzen.

Dabei muss die ökonomische Basis der Popkultur freilich mitberücksichtigt werden. Das Agieren auf der Diskursebene macht nur dann Sinn, wenn es darauf abzielt, von dieser Ebene wieder runterzukommen, materielle Veränderungen zu erreichen. Alles symbolische Dagegensein hat sich letztlich an der Praxis zu beweisen. Hier liegen auch die Gründe für die Krise der „Poplinken“. Man hat sich in einer mentalen und wirtschaftlichen Nische gemütlich eingerichtet – ein Hinterfragen der eigenen Position ist auch ein ökonomisches Risiko. Der Rückgriff auf kritische Theorie zielt dabei nicht mehr auf Veränderung ab, sondern wird zum Abgrenzungsmerkmal: „Wir“ gegen die böse Welt da draußen (als würde die sich so einfach aussperren lassen). Künstler\_innen, Journalist\_innen und Publikum bestätigen sich dabei wechselseitig in ihrer Position.

### Fast Forward

Auch beim Pop gilt, dass Pauschalurteile meist am Kern des Problems vorbeigehen. Dass Popkultur „an sich“ emanzipatorisch

sei, kann nur glauben, wer die Augen hartnäckig vor der Realität verschließt – Pop als total von der Kulturindustrie vereinnahmt zu verwerfen, ist das selbe in Grün. Im beiden Fällen erübrigt sich eigenes Handeln, entweder, weil das „Gute“ ohnehin siegen wird oder weil es eh schon verloren hat. Beides ist Blödsinn: Zumindest von den Inhalten her, ist Pop nur das, was mensch draus macht.

Als Mittel zum Beispiel gegen sexistische und rassistische Stereotype hat sich die Popkultur schon als nützlich erwiesen – gerade ihrer „Künstlichkeit“ und mangelnden „Authentizität“ wegen, als ein Feld, wo Menschen sich bis zu einem gewissen Grad selbst aussuchen können, wer oder was sie sein wollen. Die Einsicht, dass Identität nicht „angeboren“, sondern Resultat eigener Entscheidung ist, dass mensch sich sein „Selbst“ durch bewusste Tätigkeit erarbeitet, entzieht starren Rollenzuschreibungen den Boden.

Das Problem dabei ist, dass solche Zuschreibungen nicht nur diskursiv erzeugt werden – sie sind auch von materiellen ökonomischen und politischen Strukturen bedingt. Ohne eine grundlegende Veränderung eben dieser lässt sich z.B. sexistische Diskriminierung zwar in ihren Auswirkungen abmildern, aber nicht aus der Welt schaffen. Wenn Popkultur emanzipatorisch wirksam werden will, muss sie also ihre eigene Bedingtheit durch materielle Zwänge mitbedenken. So ist es zumindest eine zwiespältige Sache, wenn bei Bands wie *Chumbawamba* oder *Rage Against The Machine* die Kapitalismuskritik in Warenform daherkommt. Die kapitalistischen Strukturen lassen sich nicht einfach so für die eigenen Zwecke übernehmen – vor allem, wenn es darum gehen soll, den Kapitalismus abzuschaffen. Eine mögliche Antwort darauf ist der Aufbau von eigenen Strukturen, wie es die DIY-Szene tut – im Punk und Hardcore, aber auch in anderen musikalischen Nischen (freie Improvisation, Industrial usw.). Die Anfang der 90er in den USA entstandene *Riot-Grrrl*-Bewegung (die in den letzten Jahren durch die *Ladyfeste* eine Neuauflage erhielt) ist ein Beispiel dafür, wie die DIY-Strategien der Selbstermächtigung und selbstorganisierter Kultur, die

Kritik an Sexismus (auch innerhalb der eigenen Szene) mit Kritik an Kapitalismus und Herrschaft allgemein, politisches Engagement und lustvoller künstlerischer Ausdruck verbunden werden können.

Natürlich findet auch dies im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft statt, gewisse Inkonsequenzen lassen sich also nicht vermeiden. Der Wert dieser Praxis muss sich daran messen lassen, wie weit es gelingt, sich den marktwirtschaftlichen Spielregeln zu entziehen. Coole Indie-Kleinkapitalisten, die ihr Minus an ökonomischem Kapital gegenüber den Majorlabels durch ein Plus an symbolischem Kapital (Nähe zur Basis usw.) kompensieren, gibt es schließlich schon genug. Und auch wenn die Indielabels ihre Stellung gegenüber den Majors dadurch zu festigen versuchen, dass sie sich als die „besseren“ Kapitalisten in Szene setzen, ist die einstige Frontstellung zwischen „Indie“ und „Major“ ohnehin längst bis zur Unkenntlichkeit aufgeweicht – nicht umsonst sind die meisten bedeutenderen Indielabels wie *SubPop*, *City Slang* oder *L'Age d'Or* längst nur noch Unterabteilungen der großen Majors. Und selbst wenn das (noch) nicht der Fall ist, sagt es nichts über den emanzipatorischen Gehalt des eigenen Handelns aus, wenn man zufällig etwas weniger verdient als andere.

DIY dürfte auch der technologischen Entwicklung wegen an Bedeutung gewinnen. Dank der Computertechnik ist es heute kein Problem mehr, Musik in guter Qualität und zu niedrigen Kosten aufzunehmen, und das Internet macht es möglich, diese ohne den Umweg über eine Plattenfirma allgemein zugänglich zu machen. Während die Musikindustrie dadurch in eine Krise gerät, deren Ausgang noch unklar ist (siehe Seite 30), öffnet sich hier ein neues Feld für einen lebendigen Untergrund, für experimentelle, innovative Musik ebenso wie für eine Praxis, die politische und künstlerische Belange miteinander zu verbinden versucht.

K.Rotte & nils

(1) den dazugehörigen Text könnt ihr unter <http://www.conne-island.de/nf/105/17.html> nachlesen.

## Revolte im Kulturpalast

### 1968 und die Popkultur

Krieg in Vietnam werden bejubelt, revolutionäre Bestrebungen, Kommunismus und RAF verteufelt.

Nicht, dass es an der RAF viel zu glorifizieren gäbe. Aber dabei wird auch alles andere entsorgt, was über den Status quo hinausweisen könnte. Ehemalige Akteure wie Rainer Langhans, der sich vom Aushängeschild der Kommune 1 zum hirnweichen Esoteriker zurückentwickelt hat, kommen da zu neuen Ehren. Die dahinter stehenden Bedürfnisse sind offensichtlich, schließlich entstammen auch viele Journalisten dieser Generation. So kann man sich wechselseitig auf die Schultern klopfen und sich versichern, dass in der von einem selbst so erfolgreich modernisierten Gesellschaft jede weitere grundsätzliche Opposition überflüssig sei. Indem man „68“ auf flower power, ein bisschen Sex (Uschi Obermaier!), Drugs und Rock'n'Roll reduziert (plus ein paar unverbesserliche Fanatiker, die sich vortrefflich in der Rolle der „bad guys“ machen), verwandelt man es in ein leicht verdauliches Produkt, das nirgendwo für Magengrimmen sorgt.

Dabei ist nicht alles falsch, was da geschrieben wird. Die „Modernisierungsthese“ hat es längst zu akademischen Ehren gebracht. „68“ ist demnach im Zusammenhang mit der sozioökonomischen Entwicklung der Nachkriegsgesellschaft zu sehen, als eine Bewegung, die nur unter den Bedingungen einer voll entwickelten fordistischen Produktionsweise entstehen konnte. Jedenfalls gewann der Konsumsektor in den westlichen Industriestaaten nach 1945 rapide an Bedeutung. Die zunehmende Rationalisierung und Automatisierung der Arbeit führte zu enormen Produktionszuwächsen. Auf der anderen Seite hatte der Krieg mit seinen Millionen Toten und dem anschließenden Wiederaufbau für weite Teile der Bevölkerung einbeziehendes Wirtschaftswachstum mit geringer Arbeitslosenzahl gesorgt. Hinzu kam der „Kalte Krieg“, der es notwendig machte, die „Arbeiterklasse“ mit „sozialpartnerschaftlichen“ Mitteln ruhig zu stellen. Ein starker Mittelstand bildete sich

Popmusik wird seit jeher mit dem Aufbegehren in Verbindung gebracht, wenn schon nicht gegen die Gesellschaft als solche, dann immerhin gegen die Elterngeneration und ihre Regeln. Das fing schon bei Elvis an, der für manche konservative Zeitgenossen seine Hüften doch etwas zu aufreizend kreisen ließ. Diese hatten in den 60er Jahren noch weit mehr Grund zum Kopfschütteln, denn gemessen an dem, was dieses Jahrzehnt an gewagten Frisuren, Experimenten mit freier Liebe und exzessivem Drogenkonsum mit sich brachte, erschien Elvis als reinster Musterknabe.

Man mag von dieser Verbindung von Pop und Rebellion halten, was man will – Fakt ist, dass eben sie einen wesentlichen Teil des Reizes von Popmusik ausmacht. Heute scheint diese Beziehung von Rebellion und Pop fraglich geworden zu sein – Pop scheint sich ins System integriert zu haben. In den späten sechziger Jahren sah das noch anders aus. Da schien die Verbindung von Rock'n'Roll und Revolution so naheliegend, dass etwa Jerry Rubin, ein Sprecher der US-amerikanischen Polit-Hippies (der sogenannten Yippies) sagen konnte: „Die Neue Linke, ein auserwähltes, angekotztes Kind, entsprang dem kreisenden Becken von Elvis“ (1). 1968 schienen symbolisches und ganz reales Aufbegehren, Rock'n'Roll und politischer Protest untrennbar verbunden.

### Der Mythos 1968

1968 gilt als gesellschaftliche Aufbruchzeit, als „Kulturrevolution“ oder „nachträgliche Entnazifizierung“ der deutschen Gesellschaft – als Modernisierungsschub also, der den Weg frei machte für unsere heutige „rundum demokratische“ Gesellschaft. Dieses Bild wird – gerade heute zum 40. Jubiläum – von Fernsehen und Presse immer wieder gern bedient. Dabei wird freilich säuberlich getrennt zwischen dem „guten“ und dem „bösen“ '68: Neue Lebensformen und Frisuren, das Aufbegehren gegen starre Strukturen und den

heraus, traditionelle Klassenverhältnisse wurden aufgeweicht.

Dies äußerte sich in einer enormen Steigerung des Einkommens. Der Freizeit- und Konsumsektor gewann gegenüber der Produktion an Bedeutung. Dies führte zu Konflikten zwischen der jüngeren Generation und den in ihren Werten noch stark der Sphäre der Produktion verhafteten Eltern. Dazu trug auch die rasch wachsende Massenkultur und die aufkommenden Massenmedien bei.

### *Macht kaputt, was euch kaputt macht*

Die wachsende Bedeutung der Massenmedien hatte Adorno schon in den 40er Jahren erkannt. Die positive Sicht der Konsumsphäre als „Reich der Freiheit“ teilte er jedoch keineswegs. Für ihn war die von der „Kulturindustrie“ verwaltete Freizeit nur der Bereich der Reproduktion als notwendiges Gegenstück der Produktion: „Mit der Flucht aus dem Alltag, welche die gesamte Kulturindustrie (...) verspricht, ist es bestellt wie mit der Entführung der Tochter im amerikanischen Witzblatt: der Vater selbst hält im Dunkeln die Leiter. Kulturindustrie bietet als Paradies denselben Alltag wieder an“ (2).

Die französischen Situationisten sahen das ähnlich, widersprachen aber Adornos pessimistischer Einschätzung der Perspektiven. So sahen sie schon 1957 einen „Kampf um die Freizeit“ sich vollziehen, „dessen Bedeutung für den Klassenkampf nicht genügend analysiert wurde. Heute gelingt es der herrschenden Klasse, die Freizeit zu nutzen, die das revolutionäre Proletariat ihr abgerungen hat, indem sie einen breiten industriellen Freizeitsektor entwickelt, der ein unübertreffliches Werkzeug zur Verdummung des Proletariats durch Subprodukte der mystifizierenden Ideologie und des bürgerlichen Geschmacks darstellt“ (3).

Diesen lückenlosen Zusammenhang des „Spektakels“ galt es zu durchbrechen, passive Konsumenten in aktive Gestalter ihres eigenen Lebens umzuwandeln. Im Gegensatz zur vulgärmarxistischen „Verelendungstheorie“ (die Leute machen Re-

volution, wenn es ihnen schlecht genug geht), sahen die Situationisten gerade im Anwachsen von Konsum und Freizeit die Möglichkeit zur Entstehung potentiell systemsprengender Bedürfnisse. Diese galt es bewusst zu machen und zu stärken.

Die amerikanischen Yippies hauten zehn Jahre später in die gleiche Kerbe: „Sie [die intellektuellen Radikalen] erklären uns, dass nach den Gesetzen des Marxismus Revolution nur aus der wirtschaftlichen Ausbeutung erwächst. Eine Revolution wird es nur dann geben, wenn es zu einer neuen wirtschaftlichen Depression kommt. Für uns – eine revolutionäre Bewegung, die nicht aus der Armut, sondern aus dem Überfluß entstand – bieten ihre Theorien keine Erklärung. (...) Die Yippies betrachten die weiße Mittelstandsjugend als eine revolutionäre Klasse. (...) Der Kapitalismus wird untergehen, weil er seine eigenen Kinder nicht zufrieden stellen kann“ (4). In der situationistischen Theorie einer „Ökonomie der Bedürfnisse“ könnte der Schlüssel zum Verständnis der Ereignisse liegen.

### *Gegenkultur*

Fakt ist, dass ab Mitte der 60er ein deutliches Anwachsen dissidenter Verhaltensweisen in der Jugend der westlichen Staaten zu verzeichnen war. Popkultur war dabei das Mittel der Wahl, um die Frontstellung zur Elterngeneration deutlich zu machen. Eine „Gegenkultur“ entstand, zunächst in den USA, bald auch in Europa, die sich u.a. mit Undergroundzeitschriften, Comics, Land- und Stadtkommunen usw. eigene Infrastrukturen und Ausdrucksformen schuf. Der Rock'n'Roll spielte dabei eine wichtige Rolle. Diese „Gegenkultur“ verstand sich nicht unbedingt politisch. Es ist auch relativ gleichgültig, ob Musiker wie die *Rolling Stones* selbst irgendeine kulturrevolu-



tionären Absichten hegen oder deren jugendliche Hörer z.B. mit dem Tragen langer Haare ein politisches Statement machen wollten – die „Gegenkultur“ definierte sich eher durch einen bestimmten Lebensstil als durch eine Ideologie. Von der Elterngeneration wurde sie gerade deshalb als Angriff auf ihre hergebrachten Werte verstanden, z.B. auf die gängige Geschlechterordnung.

Die Frisur wurde zum Kampfplatz, als hätte man damit den archimedischen Punkt der Gesellschaft getroffen. Die Palette der Reaktionen reichte von Beschimpfungen über Entlassungen am Arbeitsplatz bis zur „pädagogischen“ Körperverletzung vom familiären Patriarchen – und mitunter noch ein Stück weiter. Symptomatisch ist dafür ein Interview, welches geführt wurde, nachdem im Mai 1971 auf dem Campus der Kent State University (Ohio) vier DemonstrantInnen von der Nationalgarde getötet worden waren:

„Mutter: Jeder, der sich in den Straßen einer Stadt wie Kent mit langen Haaren, dreckigen Klamotten oder barfuß blicken lässt, verdient es, erschossen zu werden.

Frage: Ist langes Haar ein Grund, erschossen zu werden?

Mutter: Ja. Wir müssen diese Nation reinigen, und wir werden mit den Langhaarigen anfangen.

Frage: Würden Sie es gutheißen, dass einer Ihrer Söhne erschossen wird, nur weil er barfuß herumläuft?

Mutter: Ja“ (5).

Die Weigerung, sich den gängigen Verhaltensmustern anzupassen, die Haare zu schneiden, einer geregelten Arbeit nachzugehen, usw. wurde als Angriff auf die

Grundfesten der Gesellschaft angesehen, eine Bedrohung, der es mit allen Mitteln zu begegnen galt. Da das „Establishment“ selbst harmloseste Regelverstöße mit Repression beantwortete, war es nicht verwunderlich, dass die „Gegenkultur“ sich zunehmend politisierte. Wenn simpler Hedonismus diese Gesellschaft zu solchen Reaktionen veranlasste, musste diese grundlegend verändert werden. Das Glücksversprechen der Konsumgesellschaft sollte real eingelöst werden. Auch Drogen wie LSD spielten dabei eine wichtige Rolle, eine Entwicklung, zu der der ehemalige Harvard-Professor Timothy Leary einen entscheidenden Beitrag leistete. Das „psychedelische Programm“ könnte man als „Rousseau'sche Revolte“ bezeichnen: Gesellschaft und Erziehung entfremden demnach den Menschen von seinem wahren Selbst, was wiederum zu destruktiven Verhaltensweisen führt. Drogen wie LSD können dazu dienen, diese Konditionierungen rückgängig zu machen und so einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel hervorrufen. Auf lange Sicht führte dieser Ansatz zu einer unpolitischen Neo-Mystik, die das individuelle Bewusstsein als Dreh- und Angelpunkt ausmachte und folglich glaubte, sich mit der Veränderung materieller Strukturen gar nicht erst aufhalten zu müssen. Eine gewisse Zeit gingen der Konsum psychedelischer Drogen und politische Ra-

dikalität aber gut zusammen. Auch in der Musik schlug sich dies nieder, Bands wie Pink Floyd wurden mit ekstatischen Endlos-Soli und neuartigen Soundeffekten zu Aushängeschildern des Psychedelic Rock.

## *Gegen die Arbeit*

Drogenkonsum bedeutete auch eine Verweigerung gegenüber den Leistungsanforderungen der Gesellschaft. Dies verband sich gut mit einem Programm der allgemeinen Arbeitsverweigerung, wie es die Antiautoritären praktizierten. Eben dies wurde ihnen von sozialdemokratischen und marxistisch-leninistischen Traditionslinien immer wieder vorgeworfen. Die amerikanischen Yippies hatten für diese Angriffe nur Spott übrig: „Die Yippies werden die Linke erst dann ernstnehmen, wenn sie anfängt, Comic-Hefte zu drucken. Wir müssen Politik so einfach machen wie Rock'n'Roll-Texte. (...) Die Linke macht den Kommunismus zu einer Religion (...) Ein christlicher Trip von vorn bis hinten. Lernen und Opfer bringen für die Revolution. Das Leiden wird dich und die Arbeiterklasse befreien“ (6).

Wahrscheinlich lag das Scheitern der Revolte auch darin begründet, dass die Arbeiterklasse gar nicht befreit werden wollte. Außer in

Frankreich, wo sich die Arbeiter\_innen mit wilden Streiks und Fabrikbesetzungen dem Protest der Student\_innen anschlossen, wurde die Bewegung vorrangig von subproletarischen und (klein)bürgerlichen Gruppen getragen. Ein ernsthafter Angriff auf die Grundlagen der kapitalistischen Ökonomie war so nicht möglich. Auch dies hat der Bewegung von 1968 den Charakter einer „Kulturrevolution“ gegeben – der Revolte blieb als Betätigungsfeld nur die Kultur übrig. Die weitgehende Wiedereingliederung der gegenkulturellen Bestrebungen ins „System“ war somit unvermeidlich. Allein durch Hedonismus und Verweigerung ließ sich die kapitalistische Gesellschaft nicht überwinden. Diese erwies sich als anpassungsfähiger als erwartet – die Verweigerung wurde ignoriert, vom Hedonismus das übernommen, was für die eigenen marktwirtschaftlichen Zwecke brauchbar war. Dennoch verdient es gerade dieses hedonistische Element der 68er-Revolte, bewahrt und gegen den Irrglauben verteidigt zu werden, die Ernsthaftigkeit einer Haltung beweise sich durch den Grad an Leiden, der damit einhergeht. `68 war auch eine Revolte gegen die Arbeit, für ein lustvolles, selbstbestimmtes Leben – darin liegt ihr emanzipatorischer Gehalt, den es gegen alle Befürworter\_innen von „revolutionärer“ Askese und Märtyrertum stark zu machen gilt. Denn (um hier einen situationistischen Slogan zu zitieren, der im Mai 1968 an vielen Pariser Häuserwänden zu finden war) „wir machen die Revolution schließlich nicht, um arm zu bleiben“.

K.Rotte & nils



(1) zitiert nach Helmut Salzinger, „Rock Power - wie musikalisch ist die Revolution?“, Seite 8, Fischer Taschenbuch Verlag, 1972.

(2) zitiert nach Horkheimer/Adorno „Dialektik der Aufklärung“, S.162, Reclam 1989.

(3) „Rapport über die Konstruktion von Situationen“, zitiert nach „Beginn einer Epoche“, S. 40-41, Edition Nautilus 1995.

(4) Salzinger 1972, S. 127.

(5) zitiert nach Penny Rimbaud, „The last of the hippies“, zuerst erschienen im Booklet der „Christ - The Album“-LP von Crass.

(6) Jerry Rubin, zitiert nach Salzinger 1972, S. 126.

# Ihr schuldet uns noch ein Leben

## Anarchopunk in Großbritannien

1977 war ein Jahr, das auf politischem und kulturellem Gebiet fast ebenso weitreichende Folgen hatte wie 1968. In der BRD eröffnete der „Deutsche Herbst“, die Entführung Hans-Martin Schleyers und kurz darauf einer Luft-hansmaschine eine neue Stufe in der Konfrontation von linken Terroristen und staatlicher Repression, die mit der Ermordung Schleyers und dem Tod der ersten RAF-Generation in Stammheim endete.

1977 erreichten aber auch die Aktivitäten der italienischen „Autonomia“ ihren Höhepunkt. In vielen Städten besetzten Student\_innen die Universitäten und lieferten sich – Seite an Seite mit Hausbesetzern, Arbeitern und Feministinnen – Straßenschlachten mit der Polizei. In Bologna gelang es ihnen, für Tage die Kontrolle über die Stadt zu gewinnen. Der kommunistische Bürgermeister rief schließlich das Militär zu Hilfe.

Und in Großbritannien veröffentlichten im Mai 1977 – pünktlich zum 25. Thronjubiläum der Königin – die *Sex Pistols* ihre zweite Single „God save the queen“. Mit derlei Provokationen schaffte es die Band nicht nur auf die Titelseiten der Boulevardblätter, sie begründete auch die Popularität einer neuen Jugendbewegung: Punk.

### Kaufen vs. selber machen

Auch wenn die *Sex Pistols* nicht nur willenslose Komparsen waren, wie es ihr Manager Malcolm McLaren später darstellte, waren sie doch ein durchkalkuliertes Kunstprodukt – ein Produkt, mit dem viel Geld verdient werden sollte. Die Industrie spielte mit, Punkrock war für ca. ein Jahr das große neue Ding. Der alte Rock'n'-Roll-Mythos vom rebellischen jungen Musiker, dem von fiesen Managertypen die Seele geraubt wird, trifft hier also nicht so recht zu. Die *Sex Pistols* waren vielleicht rebellisch – authentisch waren sie sicher nicht. Sie wurden auch nicht durch das Kapital korrumpiert, sie wollten von Anfang an daran teilhaben. Dennoch lösten sie etwas aus, was so nicht

abzusehen war. Um es mal überspitzt zu sagen: Beim Punk fand nicht die kommerzielle Ausbeutung einer rebellischen Subkultur statt, sondern vielmehr wurde ein kommerzielles Kunstprodukt von einer rebellischen Subkultur angeeignet, umgewertet und für eigene Zwecke nutzbar gemacht.

Das wirklich Neue am Punk war nicht die Radikalisierung altbekannter Rock'n'-Roll-Provokationen, sondern vielmehr die Aufhebung der Grenze zwischen „Star“ und Publikum. Punk lieferte den Impuls für eine weitgehende Demokratisierung der Popkultur. Musik zu machen, erschien nicht mehr als ein nur wenigen vorbehaltenes Privileg. Eine Gitarre halten und darauf Geräusche erzeugen konnte schließlich jede/r, und so gab es auch keinen Grund, Musiker dafür zu Halbgöttern zu erheben. Im Zentrum stand nicht mehr der „wilde“ Rockstar, der auf der Bühne stellvertretend für das Publikum dessen Bedürfnis nach Rebellion und Grenzüberschreitung ausagierte, sondern das Publikum selbst, das sich nicht mehr auf die passive Konsumentenrolle beschränken ließ. Das Negativurteil „Das kann ja jeder!“ wurde ins Positive gewendet – Punk bewies, dass wirklich jede/r Musik machen konnte.

Das „Jeder kann es machen“ wurde aber nicht nur auf das Musikmachen bezogen. Ebenso eignete mensch sich die Mittel an, um selbst Platten herauszubringen, unzählige (oft sehr kurzlebige) Labels wurden gegründet und fotokopierte Fanzines herausgebracht. Derselbe Do-it-yourself-Ethos zeigt sich darin, dass z.B. die aus der Hausbesetzerszene stammende Band *Scritti Politti* auf der Rückseite ihrer ersten Single die genauen Preise für Aufnahme, Mastering, Pressung und Druck und entsprechende Adressen abdruckte. Punk hatte also auch ein starkes egalitäres, anti-hierarchisches Element – die Verbindung mit anarchistischen Inhalten und einer entsprechenden Praxis war nur folgerichtig. Den größten Einfluss auf diese Entwicklung hatte sicher die Band *Crass*.

### Hippies oder Punks?

Eine Weile gehörte es für Punks zum guten Ton, „Hippies“ zu hassen. Liebe und Frieden waren ja schöne Ideale – aber den Punks fiel es schwer, noch an moralisch einwandfreie Lösungen zu glauben. Eben daraus bezog Punk seine provokative Kraft. Die gesellschaftlichen Zumutungen wurden nicht mehr im Stile der klassischen Protestsongs angeprangert, vielmehr schlug sich das Gefühl, bis zum Hals in der Scheiße zu stecken, in dadaistischer Kommunikations- und Sinnverweigerung und sarkastischer Überaffirmation nieder: „Zurück zum Beton“ statt „Give peace a chance“. Die Betonung des Bruchs zwischen den Generationen verdeckt aber die Kontinuitäten. In gewisser Weise waren *Crass* die vollkommenste Verkörperung der Idee des Punk – mit ihrem simplen, energetischen Sound, den Künstlernamen der Musiker\_innen (Steve Ignorant, Joy de Vivre, Penny Rimbaud), den radikalen Anarchoparolen, ihrer Absage an die Musikindustrie. Andererseits waren sie aber auch ehemalige Hippies, und ihr Leben in einer Landkommune bei London (1) war definitiv so hippiehaft wie nur möglich. Auch ihr Anarcho-Pazifismus war ein Rückgriff auf die radikale Friedensbewegung der 60er.

*Crass* waren von der Energie des Punk und dessen rebellischer Attitüde begeistert, aber enttäuscht davon, dass die meisten Bands keine anderen Ziele hatten, als einmal bei „Top of the Pops“ aufzutreten. Also versuchten sie, es besser zu machen. Der rohe Punk-Sound diente als Transportmittel für ihre politischen Ideen, um Informationen zu verbreiten und so das Bewusstsein der Menschen zu ändern. Entsprechend rudimentär klang auch die Musik auf ihrem 1979 veröffentlichten Debütalbum „The Feeding Of The 5000“, die Texte standen klar im Vordergrund. Die politischen Statements der Band führten aber auch zu Problemen: So verweigerte das mit der Herstellung der Platte beauftragte Presswerk wegen des Textes zum Eröffnungsstück „Asylum“

(einer harschen Anklage des unterdrückerischen, frauenfeindlichen Charakters des Christentums) die Zusammenarbeit.

*Crass* verfolgten eine Politik strikter Unabhängigkeit, schufen eigene Netzwerke, brachten Platten auf ihrem eigenen Label heraus. Um zu verhindern, dass die Platten übermäßig teuer verkauft wurden, druckten sie die Preise (die knapp über dem Selbstkostenpreis lagen) direkt auf die Cover – eine Praxis, die viele andere Bands übernahmen. In den Beiheften zu den LPs wurden die Texte durch ausführliche Erläuterungen und Collagen ergänzt. Um den kollektiven Charakter des Projekts deutlich zu machen, traten *Crass* in einheitlichem Bühnenoutfit in schwarzen Armeehosen und T-Shirts auf. Damit



wurden sie nicht nur ideologisch, sondern auch ästhetisch prägend für die entstehende Anarchopunk-Szene.

Um falscher Heldenverehrung vorzubeugen: Der große Einfluss von *Crass* wäre ohne diesen Resonanzboden, eine Szene, die libertären Ideen aufgeschlossen gegenüberstand, nicht denkbar gewesen. Dabei war die Bewegung weniger homogen, als es im Rückblick oft scheint. So kritisierte z.B. die Anarcho-Band *Apostles* den dogmatischen Pazifismus von *Crass* und bezichtigten diese der Heuchelei (die *Apostles* hatten ihrerseits Probleme mit manchen Punks und „Traditionsanarchisten“, da die Mitglieder der Band sich offen zu ihrer Homosexualität bekannten). Auch

musikalisch gab es unterschiedliche Ansätze. Prägend waren z.B. *Amebix* und *Discharge*, die den Punk in Sachen Energie und Härte weiter radikalisierten und mit Metal-Elementen verbanden. Sie legten damit den Grundstein für den Crust- und späteren Grindcore – vor allem der *Discharge*-Stil wurde tausendfach von anderen Bands kopiert. *Rubella Ballet* dagegen ersetzten das triste Schwarz von *Crass* durch selbstgefertigte Bühnenoutfits in Neonfarben und tendierten musikalisch zu einem poppigen New-Wave-Sound.

## Die Anarchos kommen

Bis Mitte der 80er war die Anarchopunk-Szene sehr aktiv und lieferte der britischen Linken neue Impulse, indem sie die herkömmlichen Mittel des politischen Kampfes durch neue Formen der direkten Aktion ergänzte und neue Themen in den politischen Diskurs einbrachte.

Vor allem die radikale Tierbefreiungsbewegung profitierte von den Anarchopunks. So ziemlich jede Anarcho-Band hatte wenigstens ein Lied im Programm, das sich mit Tierversuchen oder Vegetarismus befasste, viele Punks übernahmen eine vegane oder vegetarische Lebensweise. Sie trugen auch entscheidend dazu bei, dass die 1976 gegründete *Animal Liberation Front* (ALF) Anfang der 80er Jahre einen enormen Zulauf hatte. Die ALF war ein dezentrales Netzwerk lose miteinander verbundener Kleinstgruppen, die direkte Aktionen gegen Pelz-

farmen, Versuchslabore usw. durchführten, um dort gefangene Tiere zu befreien. Parallel dazu gab es ein Netzwerk von Unterstützerguppen, die Kontakte herstellten, Gefangene unterstützten und Pressearbeit machten. Als zur ALF gehörig galten alle Gruppen, die deren Statuten anerkannten. Dazu zählte auch ein ausdrücklicher Verzicht auf Gewalt gegen Menschen. Die ALF hatte eine klare anarchistische Grundhaltung, wie sich aus ihrem Logo (ein großes Anarcho-A, in das kleiner das L und das F eingefügt waren) ablesen lässt. Die breite Unterstützung, die die Organisation zu dieser Zeit genoss, lässt sich daran erkennen, dass 1982 das Militärlabor in Porton Down, in dem Tierversuche durchgeführt wurden, von

rund 2000 Aktivist\_innen gestürmt wurde. Solche Aktionen führten aber auch zu verstärkter staatlicher Repression.

Auch Pazifismus war ein wichtiges Thema – die Gefahr eines Atomkrieges war einfach nicht zu ignorieren. Mit der Stationierung US-amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa (die von der Sowjetunion in ähnlicher Weise beantwortet wurde) erreichten die Spannungen zwischen den Supermächten einen neuen Höhepunkt. Dies führte auch zu einem erneuten Anwachsen der britischen Friedensbewegung. Ein Meilenstein war das 1981 begonnene *Women's Peace Camp* – eine Gruppe von Frauen campierte vor den Zäunen des Luftwaffenstützpunkts in Greenham, der als Abschussbasis für Nuklearraketen vorgesehen war (2).

Auch der Falkland-Krieg von 1982 trug zur Brisanz des Themas bei. Mit den so genannten „Thatchergate-Tapes“ schafften *Crass* es damals sogar, Thema hitziger Debatten im britischen Parlament zu werden. Hintergrund dafür war das Gerücht, die britische Armee hätte während des Falkland-Krieges absichtlich das Kriegsschiff *HMS Sheffield* geopfert, um so die *HMS Invincible* (auf der zu der Zeit der Sohn der Queen, Prinz Andrew als Soldat diente) zu schützen. *Crass* fabrizierten eine Kassette, die als zufällig mitgeschnittenes Telefongespräch erscheinen sollte – tatsächlich benutzten sie dabei Aufnahmen der Stimmen von Margaret Thatcher und Ronald Reagan, die sie so montierten, dass diese nun den Untergang der *HMS Sheffield* und die Auswirkungen eines möglichen Atomkrieges für Europa diskutierten. Kopien des Tapes wurden der Presse zugespielt und erregten bald großes Aufsehen – das US-Verteidigungsministerium hielt die Aufnahmen gar für eine geschickte Fälschung des KGB. Der Legende nach versuchte der KGB tatsächlich, die Band zu rekrutieren, nachdem sie als wirkliche Urheber bekannt geworden waren.

Ihren Höhepunkt erreichte die Anarchopunk-Bewegung 1983/84 u.a. mit der „Stop-the-city“-Kampagne, einer Reihe von Aktionen im Londoner Stadtzentrum, bei denen bis zu 3000 Menschen Blockaden gegen Firmen durchführten, die in Waffenhandel, Umweltzerstörung und

Tierversuche verstrickt waren. Die Aktion war von der Londoner Zweigstelle von *Greenpeace* initiiert worden, die Anarchopunks trugen jedoch viel zum Erfolg bei.

## Niedergang und Zersplitterung

Zur größten Herausforderung für die Anarchopunks und die britische Linke insgesamt wurde aber der im März 1984 beginnende Bergarbeiterstreik. Ausgelöst wurde dieser durch die angekündigte Schließung einer Reihe von unwirtschaftlich arbeitenden Zechen. Unmittelbare Folge wäre der Verlust von 20.000 Arbeitsplätzen gewesen.

Schon in den ersten Tagen des Streiks kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei, die bald zu bürgerkriegsähnlichen Szenen auswuchsen: So gerieten in Orgreave bei Sheffield 10.000 Bergarbeiter und 3000 Polizisten aneinander. Bis zum Ende des Streiks waren zehn Menschen ums Leben gekommen, tausende Bergleute verletzt oder verhaftet worden. Im November 1984 waren zwei Drittel der Bergwerke stillgelegt.

Obwohl die Anarchopunks den Streik nach anfänglichem Zögern unterstützten (etwa durch Benefizkonzerte), blieb die Kluft zwischen ihnen und den Arbeitern unüberbrückbar. Die Anarchopunks tendierten dazu, die Welt in zwei Lager aufzuteilen: die „Guten“ (die wie sie in besetzten Häusern lebten, nicht arbeiteten, kein Fleisch aßen usw.) und die „Bösen“ (die das „System“ unterstützten). Die Bergarbeiter fielen für sie eher in die zweite Kategorie – schließlich aßen die meisten von ihnen Fleisch und kämpften vor allem darum, ihre Jobs zu behalten.

Und die Arbeiter waren zwar dankbar für die Hilfe der merkwürdig gekleideten Figuren, die sie bei Blockaden und Kämpfen gegen die Polizei unterstützten, letztlich blieben ihnen die Punks aber fremd (einige Zeit zuvor hatten manche von ihnen noch selbst die Punks verprügelt).



Im März 1985 endete der Streik, die finanziellen Belastungen für die Arbeiter und ihre Familien waren zu groß geworden. Dies war nicht nur die entscheidende Niederlage der britischen Gewerkschaften, es führte auch zum Niedergang und zur immer stärkeren Zersplitterung der Anarchopunk-Bewegung. Viele Aktivist\_innen verabschiedeten sich in der Folge von ihren alten pazifistischen Idealen. Ein Beispiel dafür war das 1983 gegründete Heft *Class War*. Dieses verband Anarchopunk mit Tierbefreiung und Klassenkampf und übte sich dabei in einer zunehmend militanten Rhetorik.

Auch bei *Crass* machten sich Selbstzweifel breit: „Wie sollte es weitergehen? Fangen wir jetzt an, Sachen in die Luft zu sprengen? (...) Wir zogen alle Möglichkeiten in Betracht, aber letztlich – und das Scheitern des Bergarbeiterstreiks half uns, das zu erkennen – kannst du einen Haufen direkter Aktionen machen, aber was bringt das? Du endest damit, Leute zu verletzen“ (3). 1984 löste sich die Band auf.

Die Verbitterung in weiten Teilen der radikalen Linken kam nicht von ungefähr. Unter der Regierung Margaret Thatchers nahm die Repression ungekannte Ausmaße an. Sie traf alle, die nicht in das Bild des guten Bürgers passten. Im Februar 1985 wurde das *Peace Camp* beim Luftwaffenstützpunkt in Molesworth (neben Greenham die zweite geplante Raketenabscussbasis in Großbritannien) geräumt – durch den größten Militäreinsatz in Friedenszeiten, den das Land je gesehen hatte. Einige Monate später wurde ein jährlich zur Sommersonnenwende am Stonehenge-Monument stattfindendes Festival, bei dem sich Hippies und „Travellers“ trafen, von der Polizei mit brutaler Gewalt zerschlagen.

Hier kehrt die Linie, die von der Hippiebewegung über *Crass* zu den Anarchopunks geführt hatte, zum Ausgangspunkt zurück. Das erste Stonehenge-Festival war 1974 von Wally Hope (bürgerlich: Phil Russel) organisiert worden, einem guten Freund der späteren Musi-

ker\_innen von *Crass*, und diese waren selbst direkt in die Vorbereitungen involviert. Mehrere hundert Hippies kamen, und hielten das Gelände um das Monument neun Wochen lang besetzt, bis sie von der Polizei vertrieben wurden. Wally Hope starb ein Jahr später in einer psychiatrischen Klinik, in die er eingewiesen worden war (4).

Aber auch wenn die britische Anarchopunk-Szene nach 1985 immer mehr zerfiel, hat sie doch die politische und kulturelle Landschaft nachhaltig geprägt und weltweit ihre Spuren hinterlassen. Trotz der Fehler, die sie sicherlich hatte, hat sie viel dazu beigetragen, anarchistische Ideen zu modernisieren und zu verbreiten. In den USA setzte die Politisierung der dortigen Hardcore-Szene erst Mitte der 80er ein, Bands wie *MDC* spielten dabei eine wichtige Rolle, ebenso soziokulturelle, selbstverwaltete Zentren wie das *ABC No Rio* in New York oder die *Gilman Street* in San Francisco. Heutzutage sind die Anarchopunks ein wichtiger Bestandteil der linksradikalen Szene in den USA, wobei sie dort eine ähnliche Funktion haben wie hier in Deutschland die Autonomen. Aber auch auf dem europäischen Kontinent und in Süd- und Mittelamerika hat sich die Anarchopunk-Bewegung ausgebreitet, die Verbindung von Hausbesetzerszene, Hardcore/Punk, veganem oder vegetarischem Lebensstil, anarchistischen Ideen und DIY-Ethik ist auch hier seit Jahrzehnten ein fester Bestandteil der Punk-Subkultur (und sicher nicht der schlechteste). Die Anarchopunk/DIY-Szene ist also eine Größe, mit der noch zu rechnen ist. Das Spiel geht weiter.

Justus

(1) Das so genannte Dial House, ein offenes Kommuneprojekt, wurde 1967 gegründet. Einige der früheren Mitglieder von *Crass* wohnen noch immer dort.

(2) Das Camp endete im Jahr 2000, danach wurde auf dem Gelände eine Gedenkstätte eingerichtet.

(3) <http://www.uncarved.org/music/apunk/offbeat.html>

(4) die Geschichte von Wally Hope taucht u.a. im Booklet von *Crass' „Christ – The Album“*-LP auf, ebenso in Penny Rimbauds Buch „Shibboleth – my revolting live“, erschienen 2004 im Ventil-Verlag

## Taler, Taler, Du mußt wandern...

Von der einen Hand zur andern. Warum die Banken überschuldet sind



Wer nicht völlig medienabstinent lebt, hat es längst erkannt: Die Weltwirtschaft befindet sich in einer Krise, welche vom Aus-

maß die New-Economy-Blase weit übersteigt und von selbsternannten Experten inzwischen häufiger mit dem "Schwarzen Freitag" von 1929 verglichen wird. Es ist längst nicht absehbar, wie lange noch Betriebe verramscht, Arbeitskräfte "wegrationalisiert" und von den Nationalregierungen Konjunkturförderprogramme initiiert werden müssen, ehe ein Ende der Krise absehbar wird. Solche Spekulationsblasen, die im globalisierten Finanzmarktkapitalismus, wo ein Rädchen ins andere greift, von Zeit zu Zeit unvermeidlich sind, offenbaren aber auch Handlungsmöglichkeiten, die zur Überwindung des Systems beitragen können. Aus Platzgründen kann hier leider nicht genauer auf den Wandel der Weltwirtschaft oder den Fetischcharakter des Kapitals eingegangen werden, vielmehr präsentiere ich hier einen Überblick über die Geschehnisse des vergangenen Jahres, für Menschen, aus revolutionärer Weitsicht oder trotziger Existenz euphorie keine Wirtschaftsnachrichten mehr konsumieren

### Der Faktor "Vertrauen"

Das gab es in Europa seit den 30er Jahren nicht mehr: Tausende britische KleinsparerInnen standen im September 2007 tagelang vor Filialen der Bank *Northern Rock* an, in der Absicht, ihr Geld vor der sich abzeichnenden Pleite des klammen Kreditinstituts zu retten (sogenannter "bank-run"). Dabei waren ihre Spareinlagen angeblich gar nicht gefährdet, denn per Gesetz sind die Banken verpflichtet, Rücklagen (in Form eines Einlagensicherungsfonds) in einer Höhe zu bilden, welche die Sicherheit sämtlicher Sparbuchguthaben auch im schlimmsten Falle gewährleistet. Die vielen kleinen Arbeiter\_innen haben *Northern Rock* den

Todesstoß versetzt, weil der Hypothekenfinanzierer nach Medienberichten in Zahlungsschwierigkeiten steckte. Daran waren nicht einmal in erster Linie Managementfehler schuld, sondern vor allem das Misstrauen der anderen Banken, die aus Mangel an eigener Liquidität keine Kredite an Hypothekenbanken mehr vergeben wollten und deshalb den Geldhahn abdrehen. Dieses Beispiel zeigt exemplarisch, wie der Kapitalismus Rendite schafft: Geld, das zu Hause im Sparstrumpf liegt, vermehrt sich nicht, es muss daher ständig von einer Hand zur nächsten gereicht werden. Kreditinstitute leihen sich enorme Summen voneinander, in der Hoffnung, noch einen Dümmeren zu finden, dem sie zu einem noch höheren Zinssatz das Geld weiterborgen können. Weil aus Profitgier diese Summen das Eigenkapital der Banken in der Regel um ein Vielfaches übersteigen, ist so der Kreislauf schnell durchbrochen. An irgendeiner Stelle entsteht plötzlich Zahlungsunfähigkeit und durch das Misstrauen der Anderen hortet jeder im großen Maßstab Geld. Dies ist bei allen ins Trudeln geratenen Kreditinstituten des letzten Jahres der Fall gewesen - einer langen Euphoriephase folgte das böse Erwachen.

### Der Auslöser: Vom eigenen Wachstum berauscht

Die Quelle des letzten Erdbebens ist wie schon so oft in den USA zu verorten und machte sich zuerst darin bemerkbar, dass viele einkommensschwache Hypothekenzahler in den Vereinigten Staaten ihre Schulden nicht mehr begleichen konnten oder wollten, weil die Grundstückspreise (und damit auch die Hypothekenraten) kontinuierlich stiegen sowie die Einkommen (v.a. inflationsbedingt) sanken. Das Wachstum der Profite hatten die Banken und die Zwischenhändler nämlich dadurch noch zu verstärken versucht, indem sie mit durchtriebenem Eifer massenhaft Kreditkarten und Hypothekenkredite an die Bürger\_innen brachten, weil diese nur zu gerne an das Versprechen vom ewig anhaltenden Wachstum glauben wollten. Manche Institute hatten sich darauf

spezialisiert, Kredite an Kunden mit geringer Zahlungsfähigkeit zu verleihen, zu enormen und zugleich variablen (d.h. risikoabhängigen) Zinsen, häufig ohne jegliche Prüfung wie vertrauenswürdig die Kreditnehmer sind. Oft konnten diese aber nicht einmal die zweite Rate zahlen. Das ging einige Zeit gut, weil die Wirtschaft wuchs, der Leitzins niedrig war und die Immobilienpreise stiegen. Die Hypothek schien auf dem Papier durch den errechneten Wert der Immobilie gedeckt, die Kreditgeber konnten also damit rechnen, dass im Fall einer Insolvenz des Schuldners zumindest kein Verlust entstünde. Zunächst gab es zwar nur wenige Insolvenzen, aber das Risiko für die Banken erhöhte sich dadurch ständig. Also wurden die Zinsen auch für die übrigen Hypothekenzahler erhöht. Darauf jedoch folgte eine Lawine von Zahlungsunfähigkeiten, Zwangsvollstreckungen und Kaufkraftverlusten - die Grenze war überschritten. Als die Klein- und Mittelverdiener dann reihenweise überschuldet waren, ordneten die Gläubiger wegen der sinkenden Grundstückspreise - was Zwangsversteigerungen unrentabel machte - die Schuldbeteiligungen vielfach neu und verteilten sie auf verschiedene Fonds, die von Ratingagenturen je nach Risiko mit bestenfalls imaginären Realwerten geschätzt wurden. Die Fonds, in denen solche höchst riskanten Immobilienspekulationen zusammengefasst sind, wurden munter weiterverschachtet und die eigene Stabilität dabei zu hoch bewertet, weil die jeweiligen Beteiligungen in hohem Maße als sicher betrachtet und daher in den Quartalsbilanzen viel zu niedrige Verluste abgeschrieben wurden. Der IWF (Internationaler Währungsfonds) schätzte die weltweiten Abschreibungen der Finanzinstitute allein bis April 2008 auf 603 Milliarden Euro. Eine der Folge davon ist zum Beispiel, dass derzeit häufig unklar ist, wie mit den Grundstücken weiter verfahren wird, weil die Besitzverhältnisse so weit gestreut sind. Es liegt nun in der „Natur der Sache“, dass auch europäische und deutsche Finanzinstitute gierig genug waren, in den verlockenden US-Immobilienmarkt zu investieren. In kurzer Folge

gerieten deshalb hierzulande unter anderem die IKB Deutsche Industriebank und die Sachsen LB in Zahlungsschwierigkeiten, die Deutsche Bank, Bayern LB, West LB und unzählige andere wiesen Verluste in Milliardenhöhe aus, zum Teil jetzt schon das vierte Quartal in Folge. In Spanien etwa sind die Auswirkungen noch größer, weil sich der inländische Immobilienmarkt als noch größere Blase erwiesen hat: mit gut 18 Prozent Anteil am BIP war der Bausektor wichtiger für die Konjunktur als die Industrie (13 Prozent). Wegen der günstigen Zinsen wurde hier in den letzten zehn Jahren mehr gebaut als in Deutschland, Frankreich und Italien zusammen. Das Land ist stark verschuldet und weist derzeit ein Handelsbilanzdefizit von rund zehn Prozent aus, Inflation und Arbeitslosigkeit sind auf Rekordhoch.

## Abhilfe?

Sobald eines der Kreditinstitute zu stark ins Trudeln geriet, war für die Regierungen klar, dass hier die Steuerzahler einspringen müssen und mittels Soforthilfe der Europäischen Zentralbank (EZB) die Unternehmen zu retten hätten. In den USA übernahm diese Aufgabe die Federal Reserve Bank (FED), welche so viel neues Geld verteilt hat, dass von einer hausgemachten Inflation gesprochen werden muss. Dieser Umstand entlarvt die unseriöse Konstruktion des "Finanzmarktkapitalismus", der im Prinzip genauso wie ein Kettenbrief/Pyramidenspiel funktioniert. Irgendwann ist der Zeitpunkt erreicht, wo sich die Summen, die zu steigenden Zinssätzen weiterverliehen werden, eben nicht mehr steigern lassen und das Platzen der Spekulationsblase unvermeidlich wird. Es wird ruckartig weniger investiert, was ein Stagnieren oder gar Schrumpfen der Gesamtwirtschaft zur Folge hat, die Arbeitslosigkeit wächst, die Kaufkraft sinkt und die Wirtschaft schrumpft weiter. Die Herangehensweise in den USA unterscheidet sich jedoch von derjenigen der EZB: Die FED hat das Zinsniveau gesenkt, um den Banken zu helfen, sich aus dem Dilemma rauszukaufen, das Außenhandelsbilanzdefizit niedriger erscheinen zu lassen und die Kaufkraft der Bevölkerung zu stärken,

nimmt dabei aber Hyperinflation und Überschuldung in Kauf. Mensch befindet sich also im Ausverkauf, alles wird verramscht, damit wenigstens der Geldfluss nicht zu sehr ins Stottern gerät. Die EZB sah sich seit ihrer Gründung 1998 vor allem der Eindämmung der Inflation verpflichtet und erhöhte daher die Zinsen, was die Konjunktur abwürgt und die Menschen finanziell immer schlechter dastehen lässt. Dafür kann die Liquiditätskrise nicht mehr so leicht auf andere Branchen übergreifen. Dem Aktienmarkt hat das freilich nicht geholfen, so fiel etwa der DAX, der im Juni 2007 noch ein Allzeithoch von 8.100 Punkten erreicht hatte, innerhalb von nur einem Jahr auf knapp über 6.000 Punkte. Anders ausgedrückt, die 30 wichtigsten deutschen Aktienunternehmen haben in einem Jahr ein Viertel ihres Wertes verloren. Das zeigt überhaupt das Dilemma der angeblichen „Führungsfiguren“ weltweit auf: In einem System der freien Marktwirtschaft ist der politische Einfluss auf die Wirtschaftsentwicklung marginal, eigentlich kaum messbar. Präsident\_innen können jedoch mit Hilfe ihrer Verlautbarungen das Konsumverhalten der Bevölkerung beeinflussen, indem sie Vertrauen in die Zukunft des eigenen Standortes erzeugen. Das erscheint ihnen sinnvoller, als den von Arbeitsplatzverlust, Lohnkürzungen oder Zwangsversteigerung betroffenen Menschen finanzielle Linderung zu verschaffen und so die Kaufkraft der breiten Bevölkerung zu stärken. Und wie die aktuelle Krise wieder einmal beweist, erreichen die staatlichen Hilfen nur jene, die zuvor völlig verblendet Unsummen (die ihnen nicht einmal gehörten) in hochspekulativen Investments verzockt haben. Mittlerweile rechnen sogar hochrangige EZB-Vertreter damit, dass das Schrumpfen der Wirtschaft in Europa bis Mitte 2009 anhalten wird. Weil es um die Volkswirtschaften in den USA und Japan noch schlimmer bestellt ist, wird auch der Exportweltmeister Deutschland die Folgen noch viel stärker als bisher zu spüren bekommen.

## Ankämpfen!

Wer nun denkt, mit der Einführung einer Kapitalertragssteuer für Risikogeschäfte wie der Tobin-Steuer, wie es vor allem von attac

beworben wird, könnte das Problem eliminiert werden, glaubt sicher auch, dass das Verbot von Alcopops für Minderjährige verhindert, dass Jugendliche Alkohol trinken. Zum einen würden von der Tobinsteuer nur Devisenspekulationen begrenzt, die aber ohnehin nur einen sehr geringen Teil der Gesamtmenge umfassen. Damit würde zwar Entwicklungsländern enorm geholfen, für die momentan vorliegende Situation ist sie aber ohne Bedeutung, da sich die Blase innerhalb der jeweiligen Volkswirtschaften entwickelt hat. Der Zeitraum zwischen zwei Spekulationsblasen würde zwar größer, diese aber unvermeidlich immer wieder platzen und weiterhin Steuereinnahmen zur Sanierung der Großverdiener missbraucht. Wie aber die britischen Kleinsparer\_innen bewiesen haben, bildet das Sparvermögen der Geringverdiener den Grundstock für die Spekulationsgeschäfte der Finanzinstitute. Weil es im höchsten Maße unwahrscheinlich ist, dass Aktienspekulationen, die ja im Grunde nichts anderes als Wetten auf die Entwicklungschancen eines Unternehmens darstellen, in absehbarer Zukunft abgeschafft werden und so der Huldigung des Mammon ein Riegel vorgeschoben wird, sind die Alternativen für ethisch saubere Geldanlagen äußerst begrenzt. Hier bieten sich folgende Möglichkeiten an: Zuerst einmal der altbackene, heimische Sparstrumpf, mit den bekannten Vor- und Nachteilen. Zweitens eingeschränkte, „moralisch saubere“ Investitionen, wie es inzwischen häufig auch unter dem Stichwort „Islamic banking“ angeboten wird. Dabei ist allerdings zu beachten, dass auch die jeweiligen ethischen Standards durch viele juristische Kniffe unterlaufen werden und ebenfalls in Investmentfonds angelegt wird. Daher lautet mein Rat an die Leser: Die finanziellen Mittel, welche nicht zur unmittelbaren Bewältigung des Alltags benötigt werden, in alternative Projekte zu investieren, welche sich der Rettung der Umwelt, einem breit gefächerten Kulturangebot und vor allem der Bildung sozial Benachteiligter verschrieben haben. Auf dass in Zukunft mehr Menschen erkennen, was schief läuft und was getan werden muss!

## Verschlüsselung Authentifizierung Anonymisierung

### ://Datenschnüffelei schwerer machen!

Im Zeitalter von digitalen Kopiertechniken und umfassenden Überwachungskonzepten ist Datensicherheit ein sehr hohes Gut geworden, auch wenn viele das noch nicht realisieren. Ich will deshalb hier mal eine (hoffentlich) allgemeinverständliche Anleitung geben, wie man seine Daten im Internet am besten schützen kann. 100% Sicherheit wird es nicht geben und es ist auch nicht möglich, sich einfach ein oder zwei Programme zu installieren und alles ist gut, wie uns das die Hersteller von Personalfirewalls versprechen wollen. Sicherheit entsteht dadurch, dass man Dinge versteht, deshalb will ich hier versuchen, einige Programme zu erklären und nicht einfach nur eine Installationsanleitung, wie man sie ohnehin schon im Internet finden kann, aufzuschreiben.

Wenn man eine Webseite mit dem Browser aufruft, kann ein Fremder dies mitlesen. Auch alle Informationen, die verschickt werden, wie z.B. eine Suchanfrage bei google, können mitgelesen werden. Bei Passwörtern von Mail-Adressen kann dies besonders ärgerlich sein. Deshalb können Daten bei einigen Seiten auch verschlüsselt übertragen werden, so dass zwischen dem eigenen Rechner und der Webseite niemand mitlesen kann. Dazu wird SSL (Secure Sockets Layer) benutzt. Ob Ihr SSL gerade

verwendet, seht ihr daran, dass in Eurem Browser Internetadressen mit https anstatt http angezeigt werden. Meist nimmt die Adresszeile Eures Browsers dabei auch eine andere Farbe an und es wird ein kleines Schloss eingeblendet. Einige Webseiten schalten automatisch auf eine SSL-geschützte Verbindung um, sobald man sie aufruft, bei anderen muss man dies explizit einstellen.

Eine solche Verschlüsselung der Verbindung von aufgerufener Seite und aufrufendem Browser kann ein potentieller Schnüffler und Datendieb jedoch einfach umgehen, indem er Euch auf seine eigene Seite umleitet, die der gewünschten Webseite zum Verwechseln ähnlich sieht, und dort dann alle Eure Eingaben protokolliert. Um dies zu verhindern, wird mit sogenannten Zertifikaten sichergestellt, dass man sich auch mit der richtigen Webseite verbindet. Diese Zertifikate werden von Firmen an Banken, Webmail-Dienste etc. vergeben, die im Browser normalerweise als vertrauenswürdig gekennzeichnet sind bzw. werden sollen. Da diese Firmen allerdings viel Geld für die Zertifikate verlangen, signieren einige Webnutzer Seiten Administratoren wie z.B. die der Leipziger Universität ihre Seiten selbst oder nutzen unkommerzielle Zertifikate. Letztlich muss man beim Besuch von Internetseiten immer abwägen, ob man dem angezeigten Zertifikat wirklich vertraut. Bei Seiten einer Bank sollte es aber definitiv keine Probleme mit dem Zertifikat geben, sonst ist Vorsicht angebracht. Einige interessante Seiten wie freifunk.net oder de.indymedia.org benutzen Zertifikate von cacert.org, einer gemeinnützigen Zertifizierungsstelle aus Australien. Diese werden zwar im Normalfall als nicht gültig angezeigt, das kann man jedoch ändern,

indem man cacert.org aufruft, dort auf „Root Certificate“ klickt und dann auf die Zertifikate. Diese sollten dann automatisch in Euren Browser importiert werden.

Eine Verbindungs-Verschlüsselung via SSL mit durch Zertifikate authentifizierten Seiten schützt zwar vor dem Mithören von Dritten beim Surfen, viele sensible Daten entstehen aber vor allem Dingen beim Mailverkehr. Und E-Mails können ganz einfach beim Versenden zwischen zwei Anbietern wie gmx.de und web.de mitgelesen werden. Für die Polizei muss bei deutschen Freemailern sogar immer eine Schnittstelle zum Überwachen eingerichtet werden. Um solche und andere Lauschangriffe zu verhindern, sollten E-Mails mit GPG (Gnu Privacy Guard) verschlüsselt werden. GPG ist ein freies Kryptographiesystem, d.h. es dient zum Ver- und Entschlüsseln von Daten sowie zum Erzeugen und Prüfen elektronischer Signaturen. Um GPG benutzen zu können, muss das Programm auf dem eigenen Rechner installiert werden. Es ist kostenlos über [gpg4win.de](http://gpg4win.de) erhältlich. Dort findet man auch eine Anleitung, deswegen werde ich hier nur kurz das Prinzip von GPG erklären. Theoretisch würde ein gutes Passwort, das beide Kommunikationspartner kennen, zur verschlüsselten Kommunikation ausreichen. Da jedoch auch zwei sich vollkommen unbekannt Menschen ein sicherer Datenaustausch ermöglicht werden soll, verwendet GPG ein asymmetrisches Verschlüsselungsverfahren. Das bedeutet, der Anwender erzeugt zwei Schlüssel, einen öffentlichen und einen privaten. Auf den privaten Schlüssel darf nur der Eigentümer Zugriff haben. Daher wird dieser in der Regel auch mit einem Passwort geschützt. Mit diesem können



Fertig

Daten entschlüsselt und signiert werden. Der öffentliche Schlüssel dient dazu, Daten zu verschlüsseln und signierte Daten zu überprüfen. Er muss jedem Kommunikationspartner zur Verfügung stehen, der diese beiden Aktionen durchführen will, deshalb sollte er im Internet auf speziell dafür vorgesehenen Webseiten veröffentlicht

► z.B. <http://keyserver.pgp.com>

oder von Euch anderweitig frei verbreitet werden. Die Daten können mit dem öffentlichen Schlüssel weder signiert noch entschlüsselt werden, daher ist seine Verbreitung auch mit keinem Sicherheitsrisiko behaftet. Mit ein paar Mausklicks können dann Menschen, die sich noch nie gesehen haben, abhörsicher kommunizieren. Dazu müssen allerdings Versender und Empfänger ein E-Mail-Programm wie Thunderbird oder Outlook verwenden.

► Hier gibt es eine Liste von E-Mailprogrammen:  
<http://de.wikipedia.org/wiki/Kategorie:E-Mail-Programm>

Wer viel unterwegs ist und seine E-Mails oft via Webinterface auf verschiedenen Computern liest, kann sich auch die Portable Edition von Thunderbird und GPG

► [http://portableapps.com/de/apps/internet/thunderbird\\_portable](http://portableapps.com/de/apps/internet/thunderbird_portable)

► <http://portableapps.com/node/11402>

auf einen USB-Stick spielen und so von jedem Rechner aus verschlüsselt mailen. Auch bei E-Mailprogrammen gilt natürlich: SSL-Verschlüsselung einschalten! GPG eignet sich übrigens auch, um alle möglichen gespeicherten Dateien für Unbefugte unzugänglich zu machen. Nach den Abschnitten über Verschlüsselung nun zur Anonymisierung. Euer Internetanbieter muss spätestens ab dem 1.1.2009 speichern, welche Seiten Ihr wann und wie lange im Netz besucht (Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung). Damit kann man ziemlich genaue Profile über Euch erstellen. Aber auch bei-

spielsweise Onlineshops wissen aufgrund von Cookies (Eine Profildatei, die der Archivierung von Informationen dient) immer, für welche Dinge Ihr Euch schon alles interessiert habt. Um dies zu vermeiden, solltet ihr regelmäßig die Cookies auf Eurem Rechner löschen und TOR (The Onion Router) verwenden. TOR ist ein weltweites Netzwerk zur Anonymisierung und leitet Eure Internetverbindung durch drei zufällig ausgewählte Computer irgendwo auf der Welt (Proxy-Verbindung). Erst ab dem dritten Computer wird dann eine Verbindung ins Internet erstellt. Einen guten Einstieg zu TOR bietet:

► <https://www.torproject.org/documentation.html.de>

Dort findet ihr auch Beschreibungen, wie man TOR installiert und wie Programme dazu gebracht werden TOR zu benutzen.

Allerdings sollte erwähnt werden, dass TOR sehr langsam ist und einem dadurch den Spaß am surfen verderben kann. Hier muss man halt immer abwägen, was einem lieber ist: Anonymität oder Geschwindigkeit. Man kann auch Firefox-Plugins installieren, mit denen man TOR recht einfach ein- bzw ausschalten kann und so TOR nur für bestimmte Webseiten verwenden.

Auch zum Thema Chat will ich noch ein paar Zeilen verlieren. Instant Messenger wie ICQ oder auch Skype sind ja schon einige Jahre recht populär. Allerdings haben diese Dienste einige Nachteile. Der bedeutendste ist wahrscheinlich, dass die Betreiber den Inhalt kontrollieren können und sogar in ihren AGBs festschreiben, dass der Nutzer das Urheberrecht an den Betreiber abgibt. Doch es gibt eine freie und kostenlose Alternative: Jabber! Jabber funktioniert ähnlich wie kommerzielle Konkurrenten. Man muss

sich ein Programm herunterladen

► <http://de.wikipedia.org/wiki/Kategorie:Jabber-Client>  
oder wenn man noch andere Dienste nutzen möchte  
<http://de.wikipedia.org/wiki/Multi-Protokoll-Client>

und kann sich dann bei einem beliebigen Server registrieren. Dort erhält man eine Jabber Identifier (JID), die einer E-Mail-Adresse ähnelt und sich auch so verhält. Anschließend können beliebig viele Kontakte hinzugefügt werden. Jabber bietet einige Vorteile gegenüber den etablierten Anbietern: Sicherheitstechnisch sind die Möglichkeiten einer Verschlüsselung mit GPG oder OTR (Off-the-Record, eine im Gegensatz zu GPG später nicht mehr rekonstruierbare Verschlüsselung) zu erwähnen. Ebenfalls kann die

Verbindung zum Server mit dem oben schon erwähnten SSL verschlüsselt werden. Da die gesamte Netzarchitektur von Jabber dezentral funktioniert, ist auch eine Überwachung durch eine Firma oder den Staat nicht ohne weiteres möglich. Der Programmcode (OpenSource) der meisten Jabberprogramme ist auch offen und für jedermann einlesbar, es ist also davon auszugehen, dass im Gegensatz zu Skype oder ICQ keine Hintertürchen extra programmiert wurden. Probiert es einfach einmal aus und nervt Eure Freunde so lange, bis sie auch auf das wesentlich sichere Jabber umsteigen.

Soweit erstmal mein kleiner Exkurs über das Internet und wie man seine Daten dort am besten schützt. Falls ihr euch etwas intensiver mit dem Thema beschäftigen wollt, findet ihr unter

► [https://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/Sichere\\_Kommunikation](https://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/Sichere_Kommunikation)

noch eine sehr gut kommentierte Linksammlung zu dem Thema. Ich hoffe, die Zeit, die ich an dem Artikel gearbeitet habe, war nicht umsonst und der ein oder andere Leser bzw. Leserin befolgt meine Tipps. Tschau ...

Peggy

## FILESHARING KILLED THE RADIO STAR

### *Die Industrie kriegt die Krise*

Vielleicht bist du ja auch ein Raubkopierer. Hast du ein paar selbst gebrannte CDs im Schrank, mit Musik, für die du nicht bezahlt hast? Oder MP3-Dateien auf deinem Rechner, die du dir unerlaubt aus dem Netz gezogen hast? Na also! Du bist ein gemeiner Verbrecher – jedenfalls, wenn man der Rhetorik der Musikindustrie glaubt.

„Ein Verbrecher? Wieso denn das?“, könntest du fragen. „Tut doch keinem weh.“ Aber darum geht es nicht. Denn wir leben nun mal in einer warenproduzierenden Gesellschaft. Und um einen nützlichen Gegenstand in eine Ware zu verwandeln, muss man erstmal Leute daran hindern, ihn zu benutzen. Wer eine Ware nutzen will, ohne dafür zu bezahlen, gilt juristisch als Dieb. Und zwar unabhängig davon, ob die Eigentümer ansonsten einen Nutzen von ihrem Eigentum gehabt hätten oder ihnen ein Schaden daraus entsteht, wenn Leute etwas umsonst nutzen, wofür sie sonst ohnehin nicht hätten bezahlen können.

Das „digitale Zeitalter“ hat die Musikkonzerne in eine Krise gestürzt: Die materielle und juristische Barriere zwischen Ware und Kunde bröckelt – die Ware, die die Konzerne verkaufen wollen, rinnt ihnen durch die Finger. Das ruft verständlicherweise Panik hervor. Denn

wenn sich die Leute die zum Verkauf angebotene Ware anderswo einfach aus dem Netz ziehen, ist das Geschäft an seiner Basis gefährdet. Nach Angaben des Bundesverbands der deutschen Musikindustrie wurden im Jahr 2007 allein in Deutschland 312 Millionen Songs illegal aus dem Internet heruntergeladen und damit „Schäden in Milliardenhöhe“ verursacht. Freilich sind diese Zahlen wohl ebenso frei erfunden wie die Behauptung, allein in Deutschland entfielen rund 70% des Internetverkehrs auf die Nutzung (meist illegaler) Tauschbörsen (1). Zudem unterstellt die Musikindustrie, dass die Zahl der Musikdownloads tatsächlich den realen Verlusten entspricht, dass die Leute sich die Alben also andernfalls gekauft hätten.

An der Art, wie die Konzerne der Krise begegnen, hat sich seit den Prozessen gegen die Internet-Musiktauschbörse Napster vor knapp zehn Jahren wenig geändert: Man versucht, die Entwicklung aufzuhalten. Millionenschwere Kampagnen werden gestartet. Wo früher „Hometaping is killing music“ der Slogan war, heißt es heute „Raubkopierer sind Verbrecher“ und man versucht, den Leuten weiszumachen, dass sie mit ihrem verderblichen Tun früher oder später im Gefängnis landen. Gleichzeitig experimentiert man (wenig erfolgreich) mit kopiergeschützten CDs und versucht,

Musik-Downloads via Internet kommerziell nutzbar zu machen. Und man übt sich in handfester Repression.

### *Das Imperium schlägt zurück*

Der Staat greift den Unternehmen dabei freundlich unter die Arme. Zur Abschreckung werden Razzien durchgeführt, Computer beschlagnahmt und Nutzer von Filesharing-Systemen (2) mit Gerichtsverfahren bedroht. Allerdings sind die Behörden damit hoffnungslos überfordert – schließlich ist illegales Filesharing ein massenhaft begangenes Bagatelldelikt. Also werden den Musikunternehmen zunehmend mehr Kompetenzen übertragen, um in eigener Sache zu ermitteln (siehe Kasten).

Aber den aufmerksamen Betrachter beschleicht dabei nur zu oft das Gefühl, dass es sich hier um ein Kampf gegen Windmühlen handelt – es ist nicht nur fraglich, ob die Musikkonzerne diesen Kampf gewinnen können, sondern auch, ob sie sich überhaupt den richtigen Gegner ausgesucht haben. So wurde zwar nach Angaben der Musikindustrie in den letzten Jahren die Zahl der illegalen Musikdownloads von ca. 600 auf ca. 300 Millionen im Jahr reduziert, spürbare Auswirkungen auf die Verkaufszahlen hat das aber bisher nicht gehabt. Zwar konnte für das Jahr 2007 erstmals wieder eine

## Neues Gesetz gegen „Datenpiraten“

Eine ganze Reihe von Anwaltskanzleien befasst sich mit Urheberrechtsverstößen im Internet. Für das deutsche Musikbusiness übernimmt diese Aufgabe die ProMedia Gesellschaft zum Schutz geistigen Eigentums mbH. Deren Geschäftsführer Clemens Rasch hat sich mit der von ihm geleiteten Rechtsanwaltskanzlei Rasch darauf spezialisiert, Nutzer\_innen von Filesharing-Börsen mit Massenabmahnungen zu bestücken (mehr dazu unter [www.rasch-vs-djs.de](http://www.rasch-vs-djs.de)).

Viele Betroffene kommen aus Unkenntnis der rechtlichen Lage und Angst vor einem Gerichtsverfahren den Forderungen nach.

Mitunter muss jedoch auch Rasch eine Niederlage einstecken. In einem Urteil vom 20. Juli 2007 wies das Amtsgericht Offenburg die Forderungen des Anwalts zurück, der von einem Internet-Provider die Herausgabe von Kundendaten verlangte. Der Anlass war nichtig: Der Kunde wurde beschuldigt, zwei Musikdateien als Download angeboten zu haben. Das Gericht hielt dies nicht für ausreichend, um eine Herausgabe der Daten zu rechtfertigen, es verwies auf den Preis für legale Downloads, der bei ca. 10 Cent läge.

Die wichtigste rechtliche Grundlage für den Zugriff auf die Kundendaten war

bisher das im Januar 2007 in Kraft getretene „Telemediengesetz“. Das Verfahren war dabei bisher relativ umständlich: Hatten die Rechteinhaber bzw. deren Vertreter einen vermeintlichen „Musikpiraten“ ausfindig gemacht, erstatteten sie Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. Diese leitete daraufhin ein Strafverfahren ein und verlangte vom Provider die Herausgabe der Kundendaten. Die Verfahren wurden zwar meist wegen Geringfügigkeit eingestellt, im Nachhinein konnten die Rechteinhaber jedoch Akteneinsicht verlangen, so an die Daten der Beschuldigten gelangen und ein Zivilverfahren gegen diese in Gang bringen.

kleine Steigerung bei den CD-Verkäufen gemeldet werden, aber dies könnte ebenso der allgemein verbesserten Wirtschaftslage zuzuschreiben sein. Gut möglich also, dass nicht die illegalen Internet-Tauschbörsen die sinkenden Verkaufszahlen zu verantworten haben, sondern dass beides nur Ausdruck eines viel grundsätzlicheren Vorgangs ist – der sich wandelnden Konsumgewohnheiten im digitalen Zeitalter.

Zunächst einmal führt dieser Prozess dazu, dass sich der Markt ausdifferenziert. So ist es dank der Computertechnik heute wesentlich einfacher, Musik in annehmbarer Qualität aufzunehmen. Durch das Internet beschleunigt sich zudem der Austausch von Informationen enorm, ebenso eröffnet es neue Möglichkeiten der Distribution. Die Menge an Musik, die den Konsumenten potentiell zugänglich ist, wird so enorm gesteigert. Das führt zu einem dazu, dass sich der Geschmack des Publikums verändert – jeder sucht sich eben die Nische, die ihm am besten gefällt. Ebenso wächst auf der Seite der Anbieter die Konkurrenz – wenn mehr Leute ein Stück vom Kuchen abhaben wollen (und es auch bekommen), bleibt für alle weniger übrig. Dies trifft vor allem die großen Majorlabels, die darauf spekulieren (und darauf angewiesen sind), mit ihren Produkten ein Massenpublikum zu erreichen. Diese könnten sich langfristig als Auslaufmodell entpuppen – die Zukunft dürfte dann den kleinen spezia-

lisierten Nischenlabels gehören, die Platten in Auflagen im vierstelligen Bereich herausbringen und damit ein zwar kleines, aber relativ stabiles Publikum bedienen.

### *Und wie geht's weiter?*

Hinzu kommt, dass Tonträger als Sammlerobjekte zunehmend an Bedeutung verlieren. Die Folgen der Digitalisierung machen sich dabei nicht nur bei illegalen Downloads bemerkbar: Man kann sich Musik auch im Freundeskreis auf CD brennen oder MP3-Dateien tauschen. Dagegen lässt sich kaum vorgehen – wollte man das tun, könnte man in jedem bundesdeutschen Haushalt Razzien durchführen. Bis diese Erkenntnis aber bei den Plattenfirmen angekommen ist, dürfte es noch eine Weile dauern. Bis dahin verfährt man weiter nach der Devise: „Wenn das, was wir tun, keine Wirkung zeigt, haben wir noch nicht genug davon getan.“

Mit verfehlten Konzepten tragen die Konzerne dabei selbst einen guten Teil zu ihrem Dilemma bei. So vermindert etwa der Kopierschutz den Gebrauchswert der Tonträger erheblich – z.B. wenn eine zum vollen Preis gekaufte CD sich nicht auf dem heimischen PC oder dem CD-Gerät im Auto abspielen lässt – ohne wirklich viel zu schützen. Dass das deutsche Urheberrecht es seit 2003 verbietet, den Kopierschutz zu um-

gehen, spricht Bände: Der angebliche Schutzmechanismus ist offensichtlich selbst hochgradig schutzbedürftig. Zudem ist es zwar verboten, einen Kopierschutz zu knacken, dies wird aber nicht bestraft, weil Privatkopien völlig legal sind.

Ein Punkt verdient es noch, erwähnt zu werden: Wenn die Musikindustrie über „Raubkopierer“ und „Musikpiraterie“ klagt, dann tut sie das gerne im Namen der Musiker. Durch Urheberrechtsverletzungen würde diesen der gerechte Lohn ihrer Arbeit vorenthalten. Klar, das kommt besser und selbstloser rüber, als die eigenen Profitinteressen als Begründung anzuführen (zumal Popmusiker\_innen auch mehr Sexappeal haben als irgendwelche Managerfiguren). Aber natürlich sind die Plattenkonzerne kein Wohl-



Ein neues Gesetz zu „Verbesserung der Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums“ soll die Prozedur nun vereinfachen. Dieses wurde im April 2008 vom Bundestag abgesegnet und Ende Mai ohne weitere Diskussionen vom Bundesrat „durchgewunken“ – jetzt fehlt nur noch die Unterschrift des Bundespräsidenten.

Das Gesetz schreibt fest, dass Internet-Provider die Daten ihrer Kunden herausgeben sollen, wenn diese Urheberrechte „in gewerblichem Ausmaß“ verletzen bzw. ein entsprechender Verdacht besteht. Eine genaue Definition von „Urheberrechtsverletzungen in gewerblichem Ausmaß“ lässt noch auf sich warten. Neu ist vor allem, dass die Rechteinhaber ihre

Ansprüche den Providern gegenüber direkt geltend machen können. Dies soll die Behörden entlasten, die seit 2004 von Massenanzeigen überschwemmt worden waren.

Zum Schutz der Rechte der Betroffenen soll die Höhe der Abmahnungen „für erste Urheberrechtsverletzungen“ (also solche in „nicht-gewerblichem Ausmaß“) auf 100 Euro beschränkt werden. Zudem sieht das Gesetz einen so genannten „Richtervorbehalt“ vor. Für den Fall, dass „die Auskunft nur unter Verwendung von Verkehrsdaten“ erteilt werden kann, ist dafür eine richterliche Anordnung nötig – bei Bestandsdaten hingegen nicht. Diese Regelung dient vor allem dem Daten-

schutz. Bestandsdaten sind die „festen“ Daten des Kunden, also Name, Anschrift, Geburtsdatum usw. Verkehrsdaten sind hingegen die „beweglichen“ Daten, die der Kunde bei der Nutzung des Internets hinterlässt – also z.B. welche Seiten er aufgerufen oder (besonders wichtig) welche IP-Adresse er für die jeweilige Sitzung vom Zugangsanbieter zugeteilt bekommen hat. Die dynamische IP-Adresse gehört also zwar zu den Verkehrsdaten, sie muss der Staatsanwaltschaft oder den Rechteinhabern aber ohnehin schon bekannt sein – erst dann können sie vom Provider erfragen, welchem/r Nutzer\_in er diese Adresse zum gegebenen Zeitpunkt zugeteilt hat.

fahrtsverein, und die Künstler\_innen, für deren Rechte sie sich angeblich stark machen, haben diese mit der Vertragsunterzeichnung schon zum größten Teil an die Unternehmen abgegeben. Selbst bei erfolgreichen Bands (wie z.B. den Backstreet Boys) ist es nicht selten, dass sie am Ende ihrer Karriere noch immer Schulden bei ihrer Plattenfirma haben, während diese mit ihrer Musik Millionen-gewinne erzielt hat (3). Kurz gesagt: Wenn die Musikindustrie sich für die Rechte der Urheber\_innen stark macht, dann deshalb, weil diese kaum was davon haben. Es gibt also auch hier keinen Grund, in das Lamento der Plattenfirmen einzustimmen. Dennoch bleibt die Frage, wie eine halbwegs gerechte Entlohnung von

Musiker\_innen und Komponist\_innen künftig aussehen könnte – zumindest, solange wir in einer Gesellschaft leben, in der jede(r) zum Verkauf der eigenen Arbeitskraft gezwungen ist. Der Verkauf von Tonträgern wird jedenfalls weiter an Bedeutung verlieren – sehr wahrscheinlich werden in Zukunft Konzerte die Haupteinnahmequelle sein. Ob Musiker\_innen

unter diesen Umständen noch auf die Unterstützung einer Plattenfirma (oder der GEMA) angewiesen sind, oder ob es nicht (auch unter finanziellen Gesichtspunkten) klüger ist, sich seine Unabhängigkeit zu bewahren, ist die spannende Frage.

Justus

(1) Diese Zahl stammt aus einem offenen Brief der deutschen Musikindustrie, eine PDF-Datei davon gibt's unter [www.musikindustrie.de/fileadmin/news/politik/downloads/080425\\_offener\\_brief\\_deutsch.pdf](http://www.musikindustrie.de/fileadmin/news/politik/downloads/080425_offener_brief_deutsch.pdf). Einen Zähler, der (angeblich) die genaue Anzahl der illegalen Downloads in diesem Jahr anzeigt, kann man unter [www.musikindustrie.de/raubkopien.html](http://www.musikindustrie.de/raubkopien.html) bewundern.

(2) Filesharing ist der Austausch von Dateien im Internet über so genannte Peer-to-Peer-Netzwerke („Peer-to-Peer“ heißt so viel wie eine Verbindung von Rechner zu Rechner). Dabei können Nutzer\_innen Dateien von den Computern anderer NutzerInnen kopieren (downloaden) und stellen diesen gleichzeitig auf dem eigenen Rechner befindliche Dateien zur Verfügung.

(3) Einen Text des Musikers und Produzenten Steve Albini, der sich kritisch mit diesen Praktiken der Musikindustrie auseinandersetzt, kann man unter [www.negativland.com/albini.html](http://www.negativland.com/albini.html) nachlesen.

## Peter Ullrich: „Begrenzter Universalismus“

Das Thema Israel polarisiert die Linke. Wenn es um den Nahostkonflikt geht, sind viele nur zu rasch dabei, den israelischen Staat entweder in Grund und Boden zu verdammen oder sich bedingungslos damit zu solidarisieren. Angesichts dessen ist es durchaus sympathisch, dass sich der Soziologe Peter Ullrich nicht in diese festgefahrenen Frontverläufe einreihen will, sondern am Marxschen kategorischen Imperativ festhält, dass das „Wohlergehen jedes Einzelnen die Voraussetzung für das Wohlergehen aller“ zu sein habe. In seiner kürzlich erschienenen Broschüre „Begrenzter Universalismus“ untersucht Ullrich, wie sich das Verhältnis der sozialistischen oder kommunistischen Arbeiter\_innen-Bewegung zum Judentum und zu Israel seit ihren Anfängen gestaltet hat.

Das Bild, das sich dabei ergibt, ist widersprüchlich. Im Frühsozialismus z.B. von Proudhon waren viele antisemitische Elemente enthalten – den üblichen Stereotypen entsprechend wurden Juden mit Reichtum und Wucher in Verbindung gebracht und als „Schmarotzer“ betrachtet. Ähnliche Äußerungen lassen sich auch bei Karl Marx (der selbst aus einer jüdischen Familie stammte) und Michail Bakunin finden. Zwar setzte in der Arbeiter\_innen-

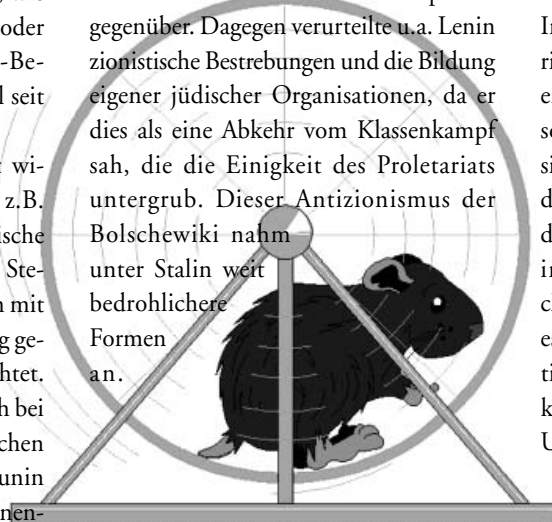
Bewegung zum Ende des 19. Jahrhunderts hin eine stärkere kritische Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus ein, dieser wurde aber nach wie vor nur als untergeordnetes Problem wahrgenommen, das sich im Zuge des unaufhaltsamen Fortschritts der Geschichte schon von selbst erledigen würde.

Auch das Verhältnis zum Zionismus war ambivalent. Zum einen entstanden am Anfang des 20. Jahrhunderts zionistische Organisationen, die versuchten, das Projekt der nationalen Selbstbestimmung mit sozialistischen Ideen zu verbinden. Auch in sozialdemokratischen Kreisen stand man dem Zionismus meist positiv gegenüber. Dagegen verurteilte u.a. Lenin zionistische Bestrebungen und die Bildung eigener jüdischer Organisationen, da er dies als eine Abkehr vom Klassenkampf sah, die die Einigkeit des Proletariats untergrub. Dieser Antizionismus der Bolschewiki nahm unter Stalin wertbedrohlichere Formen an.

So wurden beim so genannten „Ärzte-Komplott“ von 1953 einige Ärzte jüdischer Abstammung beschuldigt, sowjetische Führer ermordet oder deren Ermordung geplant zu haben – sie wurden schließlich hingerichtet. Der Antizionismus wurde hier zum offen antisemitischen Verschwörungsglauben. Ähnlich der Politik der Sowjetunion, die auch nach der Stalin-Ära ihre antizionistische Ausrichtung beibehielt, gestaltete sich die Politik der DDR.

Mit einer Betrachtung der Trotzlisten sowie der 1968 entstehenden „Neuen Linken“ und deren (eher ablehnendem) Verhältnis zu Israel endet die Broschüre. Insgesamt bietet Ullrich einen guten Abriss der geschichtlichen Entwicklung. Dass er sich dabei weitgehend auf die (staats-)sozialistische Parteilinke beschränkt, ist sicher auch dem Umstand geschuldet, dass deren Geschichte weit besser erforscht und dokumentiert ist. Dennoch wäre es interessant gewesen, auch die anarchistische Linke einzubeziehen. Obwohl es schön wäre zu glauben, in der anarchistischen Bewegung hätte Antisemitismus keine Rolle gespielt, wäre hier eine nähere Untersuchung sicherlich aufschlussreich.

Justus



## „Karikaturenstreit“

Liebe FA!- Redax,  
mit großer Freude schlug ich wieder eure Zeitung (oder besser Magazin?) auf, um mir meine Ladung sympathischen Journalismus abzuholen. Und in der Tat begann ich sehr interessiert zu schmökern. Wie immer sind so einige Artikel zu finden, die sowohl Regionales wie Überregionales zur Sprache bringen, was sonst woanders nicht mal gedacht wird. Selbst den mittlerweile stärkeren Sarkasmus bei bestimmten Themen empfand ich als erfrischend, wenn gleich es z.B. beim Thema Nazis und Antifaschismus mit ein wenig mehr Alternativen gespickt sein könnte. Also alles in allem eigentlich die Daumen hoch.

Umso negativer überrascht war ich, als dann die Seite 24 von mir aufgeschlagen wurde und ich mich ernsthaft fragen musste, wie umnachtet die Leute vom Layout wohl gewesen sein mussten, ein so plattes, klischeebehaftetes Karikaturensensemble auszuwählen. Gerade eine Zeitung mit eurem Weitblick und Tiefgang sollte sich davor hüten, solch stumpfe,

Hallo,  
und vielen Dank für Deinen Leserbrief. Es stimmt, die Karikaturen sind wirklich platt und klischeehaft. Und sicher ist eine personalisierte Kapitalismuskritik, wie man sie darin sehen könnte, problematisch. Nur lassen Bilder generell viele Lesarten zu – für welche mensch sich entscheidet, hängt vor allem vom Kontext ab. So ist im FA! 28 auch eine der von Dir erwähnten „Heuschrecken-Karikaturen“ zu finden – als Teil eines Artikels, der eben solche „Kapitalismuskritik“ kritisiert. Ebenso wird in dem Artikel, zu dem die von Dir bemängelte Karikatur gehörte, weder den raffgierigen Kapitalisten die Schuld am Elend der „Entwicklungsländer“ gegeben, noch werden antiamerikanische oder sonstige Ressentiments bedient. Das macht das Bild nicht besser, schränkt aber den Interpretations-Spielraum erheblich ein.

Auch der Vergleich mit den „Heuschrecken-Karikaturen“ hinkt: Zwar arbeiten beide Bilder mit Stereotypen, es gibt aber große Unterschiede. Zunächst einmal findet bei den „Heuschrecken-Karikaturen“ eine Entmenschlichung statt. Dort wird der „Kapitalist“ als Insekt dargestellt, bei der anderen Karikatur als Mensch (wenn statt eines hungernden Afrikaners ein Pony den Wagen ziehen würde, würde er sogar sympathisch wirken). Zweitens trägt die „Heuschrecke“ einen Zylinder in den Farben der amerikanischen Fahne, wird also als „fremd“ gekennzeichnet, als von außen kommende Bedrohung. Und drittens gibt es eine klare Trennung von „raffendem“ und „schaffendem“ Kapital: Der „Blutsauger“ bohrt seinen Saugrüssel in einen Fabrikschornstein – dem „produktiven“ deutschen Kapital wird das ausländische, „parasitäre“ Kapital entgegengestellt. Diese Trennung (deutsch/amerikanisch, produktiv/ausbeutend) lässt sich bei

mit negativen Assoziationen behaftete Karikaturen zu verwenden. Um es kurz zu sagen, der dicke, fette Kapitalist mit Zylinder und Zigarre mit seinen Geldsäckelchen auf dem Fuhrwagen ist ein weit verbreitetes Abziehbildchen einer verkürzten Kritik des Finanzkapitalismus, das raffende Kapital par excellence! Warum macht ihr euch so leicht angreifbar mit Bildern, die zu einfach bestimmte Assoziationen wecken können? Selbst in Reformgewerkschaftskreisen wie IGM und Verdi wird nach den Heuschrecken-Karikaturen kritischer damit umgegangen! Ich bin mir sicher, dass das nicht im Interesse eurer Zeitung war und hoffe, dass ihr das nächste Mal nicht mehr so unglücklich in Fettnäpfchen treten werdet.

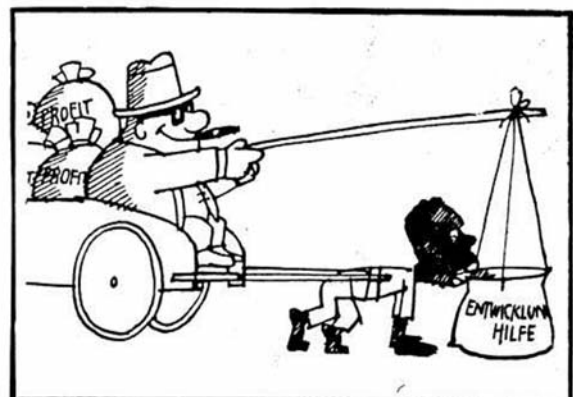
Mit schwarz-roten Grüßen,  
euer Dickerchen aus Berlin



dem anderen Bild nicht finden. Dennoch bleibt es natürlich einfallslos und klischeehaft. Das Hauptproblem dürfte aber in der unterschiedlichen Perspektive liegen: Wir haben den Text lang und breit besprochen und das Bild von diesem her interpretiert, während für dich als Leser natürlich die Bilder zuerst ins Auge stechen. Es ist eben auch so, dass die Produktion des Feierabend! immer wieder ein langer, anstrengender Prozess ist. Da fehlt oft die Kraft, nach den Texten auch noch die Bilder bis ins Detail zu diskutieren. Umnachtet waren wir also nicht – eher übernachtigt.

Auf jeden Fall freuen wir uns, dass Du Dir die Mühe gemacht hast, Deine Kritik zu formulieren, und hoffen, dass Du auch in Zukunft unser Heft aufmerksam liest und bei Bedarf Kontakt zu uns aufnimmst, um uns Deine Meinung mitzuteilen.

Libertäre Grüße zurück!  
Die FA!-Redaktion



## Schachproblem des Monats ;)

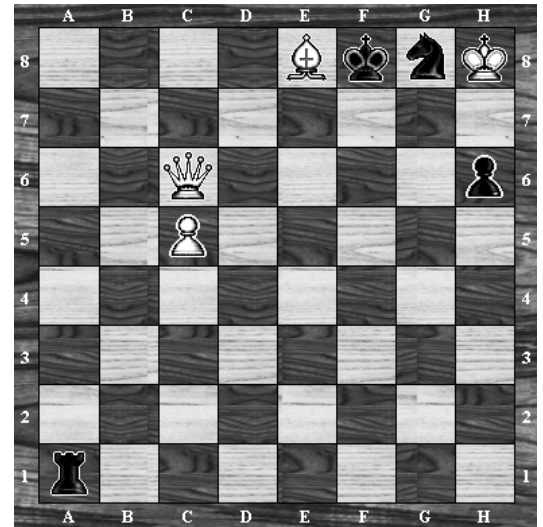
### Lösung #29:

Der Springer d5 schlägt den schwarzen Bauern auf e3, so dass Schwarz mehrere Möglichkeiten bleiben: Zum einen wären da der Bauer auf g6 oder die wilde Flucht der Dame. Doch ob e4 nun frei wird oder nicht, der weisse Springer besetzt dieses Terrain und bietet unbeirrt Schach. Schwarz erobert das Feld mit Bauer oder Dame zurück und Weiss schlägt erbarmungslos auf f6 zu.

Schach Matt.

Die andere Option wäre schwarzer Bauer auf h4, welches sofort den Raub der Dame und Schach auf e4 nach sich zieht. Das zwingt den König aber auch nur auf h5 und Weiss zieht g4 zum Matt.

Auch dieses Mal setzt Weiss in 3 Zügen Matt:



## FA! meets G16 feat. Typewriter

Zum G16-Festival Ende April'08 hatte der *Feierabend!* mit freundlicher Unterstützung des Schreibmaschinen-Cafés ein Forum eingerichtet, wo man sich an drei verschiedenen Maschinen sowohl mit der „alten“ Technik vertraut machen, als auch konkret Texte, Thesen und anderes an ein geneigtes Publikum adressieren konnte. Eine Auswahl der Ergebnisse von der Maschine „Anti-Thetika“ stellen wir hier vor. Das Resultat der „Hypertext-Maschine“ wollen wir später noch anderswo publizieren. Watch out!

wrock and wroll

wir schrieben die nacht fort  
in unseren köpfen  
die verwirrung einer generation  
ohne ein ziel  
erfunden in einer zeit  
ohne verstand  
etat kürzung des verstandes  
einfall ohne ergebnis  
wir warten die nacht fort  
und hoffen auf ein  
erwachen  
schon bald

und wenn uns

und wenn uns morgen all die fragmente  
um die ohren fliegen dann haben wir doch  
wenigstens heute gelacht  
ihr auch?

die leidenschaft

essen ist super, kochen ist schrott  
täglich quäle ich mich mit dem pott  
mit angebackener sojasauce  
blöde flecken auf meiner hose

seitdem ich kein fleisch esse träume ich davon  
sehe gebratene tauben auf meinem balkon  
dicke fette hähnchenschenkel, fliegen  
wird am ende mein trieb siegen???

ESS DANN DOCH LIEBER REIS MIT SCHEIß  
oder pizza ohne mais

Wer wagt es? Sprach der Kaiser Pit, „Zu tauchen  
in diesem Klosettabschnitt. Ich werfe ein goldenes  
Ringlein hinein! Wers wieder raus holt sieht aus wie  
ein Schwein!“

Da trat aus dem holden Knabenchor, ein völlig  
bemachteter Jüngling hervor.

Er war kaum verschwunden da schallt es zurück: „Ich  
komm nicht mehr weiter die Scheiße ist zu dick!!!“



keine gnade mit messer und gabel  
deshalb pfannkuchenturm zu babel  
morgens kotzen in den grieszbrei  
mitbewohnerin macht geschrei  
ende gelände

nach dem essen wasch die hände  
ausser es gab ente yeah

# Feierabend!

## Stötteritz

Hakan Bistro, Herrmannstr. 24  
Mandragora, Papiermühlenstr. 22a  
Zeitkaufhaus, Breslauer Str. 2

## Schleußig

Besser Leben, Hohlbeinstr. 2  
Schlechtes Versteck, Könneritzstr. 32  
Lebensart Naturkost, Könneritzstr. 49  
Speisekammer, Holbeinstr. 19  
Rückenwind, Schnorrstr. 23  
Bistro ‚Safran‘, Könneritzer Str. 40

## Connewitz

Café Similde, Simildenstr. 9  
Buchhandlung El Libro, Bornaische Str. 3d  
Frau Krause, Simildenstr. 8

## Zentrum

Bistro Al Safa, Leplay-Str. 3  
Klee Naturkost,  
Friedrich-Ebert-Str. 33  
Libertäres Zentrum Libelle,  
Kolonnadenstr. 19

## außerhalb:

Libertäres Zentrum, Fettstr. 23, 20357 HH; DaDa Köln, c/o TTE-Bücherei, Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3, 50670 Köln, koeln@dadaweb.de, www.free.de/dada/; Alhambra-Archiv, Hermannstr. 83, 26135 Oldenburg, archiv@alhambra.de; Bibliothek der Freien, Haus der Demokratie, Greifswalder Str. 4, 2. Hof, 10405 Berlin, Zeitschriftenarchiv@BibliothekderFreien.de; Biblioteca Franco Serantini, Largo Cocetto Marachesi, 56124 Pisa, Italien



## Südvorstadt

Späti Esperantos Katzer, Schenkendorf Str. 20  
BISTRO SHAHIA, Karl-Liebknecht-Str. 88  
Ingolfs Bierbar, Karl-Liebknecht-Str. 92  
Stern des Südens, Karl-Liebknecht-Str. 102  
Onkel Toms Hütte, Arthur-Hoffmann-Str. 92

## Plagwitz

Projekt G16, Gieszerstr. 16  
Späti Katzer, K.-Heine-Str. 74

## Reudnitz

Presseshop Dipetos Store, Riebeckstr. 6

### Kontakt:

**Feierabend!**  
Gießerstr. 16  
04229 Leipzig •  
feierabendle@web.de •  
Homepage im Umbau

Einsendeschluß für #31: 25.10.2008

**Feierabend! gibt's  
auch im ABOnnement.**

(3 Ausgaben für 5 Euro + auch ältere Ausgaben sind teilweise noch erhältlich)

ABO-Ticket

# Feierabend!

3 Ausgaben kosten 5 Euro (inkl. Versand)

Unsere Postadresse ist:  
**Feierabend!** + Gießerstraße 16 + 04229 Leipzig

Online erreichst Du uns unter:  
feierabendle@web.de + Homepage derzeit offline

↓ Bereits bezahlte Ausgabe einfach hier markieren: ↓

#31	#32	#33	#34	#35	#36	#37	#38	#39
-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Feierabend!

## ABO-Ticket

Ich möchte ein ABO

neu anmelden

Ich möchte mein ABO verlängern

#31	#32	#33	#34	#35
#36	#37	#38	#39	

(3 Ausgaben = 5 Euro)

Dein Merkzettel (aufheben) ↓

Unser Merkzettel (schicken) ↓